Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 232. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 19. Mai 1868.

Deutschland.

O. C. Zoll-Parlaments-Verhandlungen.

14. Sitzung des Zollparlaments. (18. Mai.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind leer, vom Zollbundesrath anwesend Delbrück. v. Lieben, v. Linden u. A.

Präsident Simson zeigt das am 15. d. M. erfolgte Ableben des Abgeorneten für den 15. hannoverschen Wahlkreis, Grafen Grote, an, und das Haus erhebt sich, um sein Andenken zu ehren.

Vor der Tagesordnung kommt Abg. Mohl auf eine frühere Differenz mit dem Abg. v. Hennig zurück, die Thatsache betreffend, daß er nach dem stenographischen Protokoll der würtembergischen Kammer die Aeußerung des Ministers v. Varnbüler bezüglich einer Denkschrift, in der er seiner Zeit vor dem Eintritt Würtembergs in den Zollverein als dem Ruin des Landes gewarnt hatte, unbeantwortet gelassen haben soll. Der Abg. Mohl hat sich inzwischen das Protokoll kommen lassen und verliest seine darin abgedruckte Erwiderung. Der Abg. v. Hennig, der zufällig sein Exemplar des Protokolls zur Hand hat, kann nur dabei beharren, daß sich in demselben die angezogene Rückäußerung nicht befindet und daß er, weit davon entfernt, den Abg. Mohl einer Unrichtigkeit zu zeihen, sich doch nur an die ihm zu Gebote stehenden Quellen, die er als amtliche betrachtet, habe halten können, es sei denn, daß zwei verschiedene stenographische Protokolle der würtembergischen Kammer existirten. Nachdem der würtembergische Zollbundesrath Riecke, der in der vorjährigen Verhandlung in Stuttgart als Regierungscommissar fungirt hat, die von Mohl behauptete Thatsache bestätigt hat, werden beide Exemplare des stenographischen Bureaus auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Damit ist die Sache erledigt, da die Versammlung nicht untersuchen kann, ob zwei verschiedene Ausgaben des Protokolls existiren.

Nunmehr erfolgt die Abstimmung über das Tabaksteuer-Gesetz im Ganzen, das genehmigt wird und beginnt die Schlußberathung über den Handelsvertrag mit Oesterreich.

Zu der Position „Weinzölle" (B. 22 n.) beantragt Abg. Bamberger: „Den Bundesrath des Zollvereins zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Beschwerden abgeholfen werde, zu welchen im Großherzogthume Hessen das Zusammentreffen des herabgesetzten Weinzolles mit dem bestehenden System der indirecten Steuern Anlaß giebt."

In der General-Debatte erhält zunächst das Wort der Abg. Fabricius. Derselbe erklärt sich rücksichtlich des Bamberger'schen Antrages dahin, daß nicht der mindeste Anlaß vorliege, die Höhe der Weinsteuer in Hessen vom Zollvereine aus einer Aenderung zu unterwerfen. Redner weist durch statistische Angaben über die Höhe der hessischen Weinproduction, über Höhe der Einfuhr, Ausfuhr und Consumtion den blühenden Stand der hessischen Wein-Industrie nach, und findet durchaus nicht, daß dieselbe unter einem übermäßigen Steuerdruck leide. Mit ganz demselben Grunde könne man z. B. verlangen, daß, weil der Einfuhrzoll für Maische in gegenwärtigem Vertrage herabgesetzt werde, nun auch die Branntweinsteuer im norddeutschen Bunde eine Verminderung erfahre.

Abg. Dr. Reincke: Als wir diesen Vertrag zum ersten Male beriethen, sagte der Abg. Miquel: „Der deutsch-österreichische Handelsvertrag ist uns gewissermaßen vor die Füße geworfen. Wir haben keine Zeit gehabt, die einschlägigen Verhältnisse zu prüfen, die betheiligten Interessenten sind weder vorher gehört worden, noch haben sie sich nachträglich bis jetzt über denselben ausgesprochen. Niemand als der grüne Tisch war bis vor wenigen Tagen von dem Inhalte des Vertrages unterrichtet." M. H., von keiner Seite ist gegenüber dieser Auslassung Widerspruch erhoben worden und dieselbe ist noch heute in ihrem vollen Umfange als richtig anzuerkennen.

Präsident Dr. Simson: Ich mache den Herrn darauf aufmerksam, daß das Aeußerungen der Vorberathung waren, die damals gar kein Bedenken hatten. Nachdem aber das Haus in die Schlußberathung eingetreten ist, halte ich eine gleiche Kritik nicht mehr für zulässig.

Abg. Dr. Reinecke: Ich constatire nur, daß der Ausführung des Abg. Miquel kein Widerspruch entgegengesetzt wurde. Sie als richtig vorausgesetzt, kann ich mich aber auch heute nicht damit einverstanden erklären, daß wir uns schon jetzt über den Vertrag schlüssig machen. Es liegen hier Verhältnisse vor, die vom theoretischen Standpunkte aus allein sich nicht erledigen lassen. Es handelt sich hier um gegebene Verhältnisse, die nothwendige Folge einer nothwendigen historischen Entwickelung sind, und wenn ich auch auf freihändlerischem Standpunkte stehe, so würde ich doch augenblicklich mit verantwortlich dafür sein, wenn durch Ratification dieses Vertrages vielleicht Millionen von Existenzen ruinirt würden. Augenblicklich kann ich noch nicht darüber urtheilen, ob die Vollziehung dieses Vertrages für die Angehörigen des Zollvereins günstige oder ungünstige Folgen haben wird. Das muß ich so lange dahingestellt sein lassen, bis die Stimmen der Sachverständigen darüber gehört worden sind. Wenn wir möglicher Weise die Existenz irgend welcher Productionszweige durch diesen Vertrag mit einem Male gefährden, so muß vorläufig die Rücksicht auf die Consumenten zurücktreten. Ich erkenne daher die Dringlichkeit der Sache nicht in so weit an, daß wir schon heute uns darüber schlüssig machen müßten, ehe wir noch irgend eiu gründliches Urtheil uns bilden konnten. Man hat dem Reichstage nachgesagt, daß er mit Dampfkraft arbeite. Es handelt sich aber nicht allein darum; daß wir schnell, sondern daß wir sorgsam arbeiten. Das glaube ich wenigstens meinen Mandanten schuldig zu sein. Ich bitte Sie daher, Ihren definitiven Beschluß über diesen Vertrag zu vertagen. Das scheint mir sowohl in der Wichtigkeit der Sache, wie in der Würde des Zollparlaments zu liegen. Sollten Sie anderer Meinung sein, so werden sowohl ich wie meine politischen Freunde Bebel und Liebknecht uns der Abstimmung enthalten.

Abg. Dr. Becker (Dortmund): Ich hatte mich nur zum Worte gemeldet in der Voraussetzung, es könnte gegen den vorliegenden Vertrag in der Debatte Bezug genommen werden auf die Denkschrift des oberschlesischen Berg- und Hüttenvereins. Ich habe unterdessen gehört, daß dieselbe sich nicht gegen den Vertrag richtet, und könnte deshalb auf das Wort verzichten, wenn ich nicht die Gelegenheit benutzen wollte, um auf eine Aeußerung zurückzukommen, die ich bei der Verhandlung über den Stumm'schen Antrag gethan. Ich hatte damals eine unrichtige Angabe erwähnen müssen, die sich in der damals vorliegenden Petition hinsichtlich der Höhe der aus Frankreich in den Zollverein eingeführten Eisenwaaren vorfand. Es war eine so enorm hohe Ziffer genannt, daß ich vermuthete, dieselbe bezöge sich auf die gesammte Eisenausfuhr Frankreichs, und ich nannte diese Ziffer eine Fälschung. Die Petenten haben dagegen eine lebhafte Reclamation erhoben und haben erklärt, sie hätten in gutem Glauben gehandelt. Sie haben außerdem eine Nummer des preußischen „Staatsanzeigers" angezogen, in welcher diese Ziffer steht. Das ist richtig. Ich bin daher nicht mehr in der Lage, den Ausdruck „Fälschung" aufrecht zu erhalten, muß jene Angabe vielmehr für einen harmlosen Irrthum erklären (Heiterkeit). Die Ungeheuerlichkeit der Angabe fällt auf die Gelehrten des „Staatsanzeigers" und um auch Reclamationen von dieser Seite her gleich vorzubeugen, erkläre ich, daß ich auch hier die Angabe für eine vollkommen harmlose halte. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Kleist: Ich erlaube mir die Frage an den Zoll-Bundesrath, ob es in der Absicht desselben liegt, ebenso wie es 1865 geschehen ist, als der Zollverein ebenfalls eine der jetzigen ähnliche Krisis durchzumachen hatte, auch anderen als den meistbegünstigten Nationen, also namentlich Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz die Vortheile dieses Handelsvertrages einzuräumen?

Präsident Delbrück: Die Zollbefreiungen und Ermäßigungen, welche in gegenwärtigem Vertrage Oesterreich zugestanden sind, müssen auf Grund der geschlossenen Verträge auch gewährt werden an Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien und Spanien. Andere Nationen haben ein vertragsmäßiges Recht auf diese Erleichterungen nicht. Es liegt indessen in der Absicht der verbündeten Regierungen, diese Ermäßigungen durch eine in den nächsten Tagen einzubringende Gesetzesvorlage auch auf die Erzeugnisse aller anderen Staaten auszudehnen, jedoch mit einer Maßgabe. Diese Maßgabe betrifft den Wein. Es ist die Absicht, die Zollermäßigung für Weine nicht ohne Weiteres zu generalisiren, sondern nur für das Erzeugniß derjenigen Länder eintreten zu lassen, welche ihrerseits die Einführung des Zollvereins gleich den Einführungen der meistbegünstigten Nationen behandeln.

Die General-Debatte wird geschlossen. Zu B. 3 hebt Abgeordneter v. Hennig hervor, daß die fertigen Kleider sehr verschieden beim Eingange in Oesterreich und beim Eingange in den Zollverein behandelt werden. Der Zoll in Oesterreich auf diesen Artikel ist ein bedeutend höherer. Es ist dies ein ganz außerordentlich wichtiger Artikel für den Zollverein, namentlich auch für die Stadt Berlin. Die Summe, die hier jährlich ausgeführt wird an sogenannten Confections beträgt allein für Berlin über 5 Mill. Thaler. Ich will nun zwar nicht behaupten, daß die Oesterreicher in Folge dieser Verschiedenheit des Zolles die Möglichkeit erhalten, den Berliner Kleiderhändlern Concurrenz zu machen, aber jedenfalls wird der Absatz dieser inländischen Production nach Oesterreich hin bedeutend erschwert, und eine Gleichstellung der beiderseitigen Zölle wäre nur eine Forderung der Gerechtigkeit.

Bundescommissar Delbrück: Die Zölle für fertige Kleider müssen sich richten nach den Zöllen für die Stoffe. Man kann ein fertiges Seidenkleid nicht niedriger besteuern, als das Seidengewebe, aus dem es verfertigt ist. Die Zölle für fertige Kleider entsprechen daher genau den Zöllen für Gewebe mit der Maßgabe, daß als Schutzzoll für die Schneider überall ein Zoll von 5 Procent Gulden festgesetzt ist. Wenn der Herr Vorredner die Gleichstellung der beiderseitigen Zölle für fertige Kleidung wünscht, so stimme ich dem bei, doch mit der Modification, daß diese Gleichstellung sich auch auf Gewebe erstreckt. Die Regierungen sind demgemäß auch bis zum letzten Augenblicke bestrebt gewesen, die Herabsetzung der Zölle für Gewebe von der österreichischen Regierung zu erreichen; leider ist ihnen das nicht möglich gewesen, obgleich gerade dieser Punkt den Abschluß des Vertrages verzögert hat.

Zu B. 22 liegt der Antrag Bambergers vor.

Abg. Pfannenbecker: Die Weinfrage ist für Hessen bei diesem Vertrage die wichtigste. Ich selbst gehöre zu den Producenten und bin als langjähriger Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins der Provinz Rhein-Hessen mit den Verhältnissen bekannt. Durch den Zollvertrag mit Frankreich 1865 wurde der Weinzoll von 6 auf 4 Thlr. herabgesetzt. Wir haben lebhaft dagegen reklamirt. Eine gleiche Besorgniß Seitens Oesterreichs flößt uns nun allerdings dieser Vertrag nicht ein, wir fürchten seine Concurrenz nicht, wohl aber die französische, der die Herabsetzung zu Gute kommt.

Abg. Mohl: Der Zollvereinsvertrag setzt für die Besteuerung des Weines nur einen Maximalsatz fest, läßt aber sonst den einzelnen Regierungen darin freie Hand. Die bezügliche Gesetzgebung in Hessen bewegt sich nun vollkommen innerhalb des Vertrages und erreicht den Maximalwerth noch lange nicht. Eben dasselbe ist in Baden und Würtemberg der Fall. Aber sei dem, wie ihm wolle, wo der Weinbau durch die Besteuerung bedrückt wird, da ist es Sache der Landesgesetzgebung, ihm zu Hilfe zu kommen, das Zollparlament aber ist in dieser Sache nicht competent. Sie können übrigens ganz ruhig sein; es giebt kein besseres Mittel für die Wahlagitation in Hessen, als gerade die Besteuerung des Weines. Verlegen Sie dieselbe nicht auch in die Agitation für die Wahlen zum Zollparlament.

Abg. Bamberger: Den blühenden Zustand der Weinindustrie in Hessen zu schützen und zu fördern, ist der Zweck meines Antrages. Er hat naturgemäß auch den Abg. Mohl auf die Tribüne geführt, und wir haben soeben seine zarten Bedenken hinsichtlich unserer Competenz gehört. Ich wundere mich über diese Bedenken nicht. Ich beantrage aber nur, daß Sie auch die Folgen Ihrer Handlungen übersehen und wenn durch Ihre Beschlüsse nach irgend einer Seite hin Schaden gestiftet werden kann, womöglich auch diesem Schaden vorbeugen. Hat doch jeder Zollbeamte die Pflicht, von etwa sich herausstellenden Mißständen dem Bundesrathe Anzeige zu machen und Sie, das Zollparlament, wollen zu dieser Pflicht nicht berufen oder nicht competent sein? Ich lege weniger Werth auf die Ziffer der Besteuerung des Weines in Hessen, als vielmehr auf die Verschiedenheit des Systems der Besteuerung zwischen inländischem und ausländischem Wein. Die Besteuerung des ausländischen Weines steht auf dem richtigen Princip, daß der Steuerpflichtige so wenig als möglich vexirt wurde.

Bei dem inländischen aber haben wir noch den ganzen Wust unzweckmäßiger, schädlicher Bestimmungen, namentlich die Fabrikationssteuer mit ihrem allseitigen Mißtrauen. Und alles das wird sich, nachdem dieser Vertrag in Wirksamkeit getreten, als noch unleidlicher herausstellen. Man sagt uns nun, wir sollten uns doch auf den guten Willen der hessischen Regierung verlassen, sie werde schon für eine Reform durch die Landesgesetzgebung sorgen. Ich fühle nicht den Beruf, den guten Willen der hessichen Regierung in Zweifel zu ziehen, aber es giebt doch verschiedene Grade desselben und es wird nichts schaden, wenn manchmal der Maßstab des gesammten Deutschlands ihrem guten Willen einigermaßen zu Hilfe kommt. Und wir, die Vertreter des gesammten Deutschlands, sind grade den Hessen-Darmstädtern um so mehr Rücksicht schuldig, als in Folge des hessischen Wahlgesetzes vielen Angehörigen Hessens sowohl die Wahl zum Reichstage wie die zum Zollparlament verschlossen worden ist. Es ist das mit eine Folge der Zerreißung unseres Landes durch die Mainlinie, und unsere süddeutschen Landsleute mögen das in Rechnung ziehen und uns ihre Nachsicht angedeihen lassen dafür, daß wir manchmal über den Main etwas hinüberschielen. Ich appellire an die nationale Gesinnung, welche gerade unsere Bevölkerung gezeigt hat, und ich mache darauf aufmerksam, daß die Weinproduction, der Weinexport wesentlich dazu beigetragen hat, unsere Bevölkerung in engere Beziehungen mit dem Norden von Deutschland zu bringen und dadurch viele der kindischen Vorurtheile zu beseitigen, welche andere Theile Süddeutschlands noch von dem Norden hegen (Bravo! bei den National-Liberalen). Ich glaube nicht, daß man vom deutschen Volke sagen kann, wie man es von einem anderen Volke gesagt hat, daß in seiner ersten Epoche Ideen ohne Baumwolle und in der zweiten Epoche Baumwolle ohne Ideen das bewegende und treibende Element sind. Ich bitte Sie, m. H., handeln Sie, wie überhaupt ein moralisches Wesen, sehen Sie auf die Folgen ihrer Handlungen und nehmen Sie deshalb meinen Antrag an.

Hessischer Bundescommissar Hoffmann: Die Abgg. Metz und Bamberger haben schon früher die Befürchtung geäußert, daß sie auf die Einrede der Incompetenz stoßen würden. Wie begründet diese Befürchtung war, das hat der Antrag, wie er jetzt vorliegt, bewiesen. Ich war in der That sehr begierig, von dem Herrn Abg. Bamberger zu hören, in welcher Weise er die Competenz des Hauses in Beziehung auf diesen Antrag erläutern würde. Ich muß gestehen, daß ich in dieser Beziehung so viel wie nichts gehört habe. (Sehr richtig von den Süddeutschen.) Ich habe einige Bemerkungen gehört über die politische Lage des Großherzogthums Hessen, einige Bemerkungen über das Wahlgesetz. Ich werde mich darauf nicht mit einer Silbe einlassen, schon aus dem einfachen Grunde, weil Alles dies hier nicht her gehört. Eine sachliche Begründung der Competenz dieses Hauses, und das ist doch eine Frage, um deren sachliche ernste Begründung es sich haudelt, die habe ich absolut nicht gehört (Bravo bei den Süddeutschen). Das einzige, was ich hörte, war, daß er sagte, handeln Sie überhaupt wie moralische Wesen. M. H., wenn dieser Grundsatz in den Zollvereinsvertrag vom 8. Juli aufgenommen wäre, so würde ich keinen Anstand nehmen, die Competenz dieses hohen Hauses auch in Be ug auf den vorliegenden Antrag anzuerkennen. Leider aber hat der Vertrag derartige Principien der Moral nicht in sich aufgenommen (Unruhe links, Beifall bei den Süddeutschen), sondern wir finden mit sehr klaren, ganz unzweideutigen Worten die Competenz bestimmt und geregelt, und danach kann es nicht im Mindesten zweifelhaft sein, daß das System der indirecten Besteuerung in jedem Bundeslande ein Gegenstand ist, der nur von der Landesgesetzgebung geregelt werden kann. Ich gebe zu, daß die Höhe der Eingangszölle auf das System der indirecten Steuern Einfluß haben kann, aber es fragt sich, ist es Sache des Zollparlaments oder Sache von Regierung und Ständen des eigenen Landes, diese Sache in die Hand zu nehmen.

Ich wundere mich um so mehr, daß man diese Frage vor dies hohe Haus bringt, weil gerade diese Frage in letzter Zeit Gegenstand der Berathung in der hessischen Kammer war. Es sind dabei alle möglichen Gründe geltend gemacht worden, es waren aber — und der Abg. Metz selber wird mir dies bezeugen können — Regierung und Stände der übereinstimmenden Ansicht, daß man die Einnahmen aus dieser Steuer nicht entbehren könne und letztere deshalb beibehalten müsse. Darüber aber, daß die innere Weinsteuer nicht höher ist, als der Zollvereinsvertrag es für zulässig erklärt, darüber sind Ihnen bereits die nöthigen Daten gegeben worden. Wenn der Herr Abg. Bamberger diesen Antrag vielleicht in der Form hätte einbringen wollen, daß durch denselben der Bundesrath aufgefordert wurde, auf eine Ermäßigung der in dem Zollvereinsvertrage festgesetzten Maximalsätze der indirecten Steuern Bedacht zu nehmen, dann würde ich für meine Person keine Veranlassung gehabt haben, Ihre Competenz zu bestreiten. Wenn aber ein Antrag eingebracht wird, der, wie das bei dem gegenwärtigen der Fall ist, sich nur auf Hessen bezieht und auf das ganze System der indirecten Besteuerung in Hessen geht, dann, m. H., muß ich sagen: ich halte dies hohe Haus nicht für competent, darauf einzugehen und ich kann deshalb nur dringend die Ablehnung des Antrages empfehlen. (Lebhafter Beifall auf den Bänken der Süddeutschen.)

Abg. Liebknecht: Was die Competenz des Parlaments zu dem Antrage des Abg. Bamberger betrifft, so stelle ich mich auf den Standpunkt des Herrn Vorredners. Der Antrag hat für die Herren, die aus dem Zollparlament gern ein Vollparlament machen möchten, die Bedeutung, daß sie dadurch die Adreßdebatte zu einem Hinterpförtchen wieder einführen zu können glauben, nachdem sie neulich mit ihrem Antrage wieder unsanft zur Thür hinausgedrückt worden sind. (Unruhe.) Präsident Simson ersucht den Redner, sich solcher Ausdrücke zu enthalten, die die Gefühle, wenn auch der Minorität, verletzen müßten.

Abg. Liebknecht: Ich kann den Antrag nur zurückführen auf den Wunsch des Abg. Bamberger, auch die süddeutschen Staaten sobald als möglich in dem norddeutschen Bundeskäfig zu sehen. Wunderbar bleibt mir nur die Kühnheit jener Herren, mit welcher sie sich nationalliberal zu nennen belieben. Liberal zeigten sie sich freilich neulich, als es galt gegen einige untergeordnete Beeinflussungen der würtembergischen Wahlen Front zu machen, obwohl sie bei den norddeutschen Wahlen die größten Unregelmäßigkeiten als etwas Selbstverständliches betrachtet hatten. (Große Unruhe.) M. H.! Ich verweise Sie auf die stenographischen Berichte.

Präsident Simson (in gereiztem Tone): Es handelt sich hier nicht um die Frage, ob Sie eine derartige Behauptung aufzustellen berechtigt sind; ich weise Sie nur darauf hin, daß Sie selbst Mitglied dieses Hauses sind, vor dessen Verletzung oder Beschimpfung Sie sich in Acht zu nehmen haben, wenn Sie nicht den § 41 unserer Geschäftsordnung in Anwendung gebracht zu sehen wünschen.

Abg. Liebknecht: Ich habe auf die stenographischen Berichte verwiesen. Nicht weniger wunderbar ist es, wie eine Partei für sich den Namen der nationalen in Anspruch nehmen kann, mit deren Billigung Deutsch-Oesterreich und Luxemburg von unserem Vaterlande abgetrennt worden ist. (Widerspruch und große Unruhe.) Wenn der Abg. Bamberger auf die Unzuträglichkeiten hinweist, die aus der Stellung Hessens für dieses Land erwachsen, so möge er sich bei denen bedanken, die die Mainlinie mitten durch Deutschland gezogen und unser Vaterland dadurch zerrissen haben. Wir haben damit Nichts zu thun. Die nationale Frage gehört nicht in das Zollparlament, die wird Gott sei Dank anderswo ausgemacht werden. (Beifall der Süddeutschen. Große Unruhe.)

Abg. Meier (Bremen) bittet den mit Oesterreich abgeschlossenen Vertrag anzunehmen, da der Hauptgrund für die Befürchtungen, der Zoll auf Wein werde durch die Zinsverluste wesentlich erhöht werden, durch die getroffenen Tarifabänderungen und durch die Einrichtung eiserner Credite wegfalle.

Abg. Solms (Laubach) spricht sich gegen den Antrag des Abg. Bamberger aus. Seine Ausführungen werden wiederholt durch den Ruf: „Lauter" unterbrochen und bleiben bei der Unruhe des Hauses fast unverständlich.

Abg. Metz: Es ist ein schmerzliches Gefühl, heute, an dem Jahrestage des Zusammentritts des ersten Parlaments, einer Vertretung Deutschlands — die Competenz bestreiten zu hören, über eine Frage zu urtheilen, die nicht einmal die Grenze der rein materiellen Interessen überschreitet. Der hessische Bundescommissar selbst hat diese Competenz indirekt bejaht, denn wenn er erklärt, ein moralisches Wesen würde vielleicht im Sinne unseres Antrages handeln, wir hätten aber kein Recht dazu, weil in den Verträgen nichts davon stehe, so scheint er mir den Buchstaben des Vertrages über den Geist desselben zu stellen, der sicher nicht einer Handlung entgegentreten will, die einem sittlichen Wesen entspricht. Es ist sogar zweifelhaft, ob sich derselbe Herr Bundescommissar betreffs der hier von ihm ausgesprochenen Ansicht in Uebereinstimmung mit seiner Regierung befindet; ich möchte ihn wenigstens an eine frühere Gelegenheit erinnern, wo er bezüglich des Eintritts Oberhessens in den Nordbund die bundesfreundlichsten Erklärungen abgab; dieselben wurden später von Hrn. v. Dalwigk desavouirt, welcher dieselben dadurch erklärte, daß die Presse falsch berichtet hätte, und daß seine eigenen Berichte ganz anders lauteten. Die Auflage, deren Beseitigung durch den Antrag angestrebt wird, ist noch ein Ueberbleibsel aus der Zeit der Fremdherrschaft. Ich selbst habe in Hessen bereits alles Mögliche gethan, um die Angelegenheit durch Sachverständige prüfen zu lassen, weil ich überzeugt war, daß, wenn die Sache einmal untersucht würde, die Beschwerde sicher als dringlich anerkannt und Abhilfe geschaffen werden müßte — jedoch ohne Erfolg. Unser Antrag, der nicht einmal den Weg angiebt, auf welchem von Seiten des Bundesrathes vorgegangen werden soll, bezweckt nur, von außen her eine Anregung zu geben, die Sache in die Hand zu nehmen. Lehnen Sie den Antrag ab, so können wir in Hessen wieder Jahrzehnte warten, bis Etwas geschieht. Der Bundesrath wird schon einen geeigneten Weg finden, die Angelegenheit zum Austrag zu bringen; ich bitte Sie deshalb den Antrag anzunehmen.

Graf Bismarck: Ich bin natürlich ebensowenig, wie mein hessischer Herr College in der Lage, in diesem Augenblick im Namen des Bundesrathes eine Erklärung darüber abzugeben, ob derselbe glauben wird, die Competenz zur Beurtheilung des vorliegenden Antrages, der mir soeben erst bekannt geworden ist, zu besitzen. Nachdem aber von einem Mitgliede des Zollbundesraths diese Competenz angezweifelt worden ist, ist es mir Bedürfniß, zu constatiren, daß diese Ansicht die eines einzelnen Mitgliedes des Zollbundesrathes ist, daß wir im Namen dieses eine Erklärung nicht abgeben können und daß mein persönlicher Eindruck von dem Antrage in prima facie entgegengesetzt ist dem meines hessischen Herrn Collegen, (Bravo!) indem ich mir sehr wohl denken kann, daß der Zollbundesrath, wenn er glaubt, daß durch eine Modalität der Besteuerung in den einzelnen Ländern die Verkehrsfreiheit in einer Weise gefährdet wird, daß dadurch auch die Interessen des Zollvereins gefährdet werden, sehr wohl sich für competent halten könnte, diese Frage zu verhandeln.

Hessischer Commissar Hoffmann: Ich muß ein Versehen meinerseits nachholen. Wenn ein Zweifel hätte bestehen können, daß ich in dieser Frage nur meine persönliche Ansicht oder nur im Namen der hessischen Regierung spreche, so hätte ich allerdings das sagen müssen; ich konnte nicht im Namen des Bundesrathes sprechen, da dieser darüber gar nicht verhandelt hat. Ich hole das also nach, indem ich erkläre, daß ich nur im Namen der hessischen Regierung gesprochen habe, daß ich aber dazu ein Recht zu haben glaubte, weil dieser Antrag speziell gegen die hessische Regierung und ihr Steuersystem gerichtet ist. In Betreff der Competenzfrage bemerke ich, daß darüber kein Zweifel sein kann, daß das System der inneren Besteuerung Hessens den Bestimmungen des Zollvereinsvertrages entspricht. Da darüber noch Zweifel zu bestehen scheinen, bemerke ich, daß, als 1841 die Bestimmungen über die Maximalbeträge der inneren Besteuerung getroffen wurden, damals in Hessen höhere Sätze bestanden als jetzt; mit Rücksicht auf den Zollverein wurde damals die höchste Klasse abgeschafft, so daß also darüber kein Zweifel bestehen kann, daß die hessische Regierung mit ihrem System der inneren Besteuerung nicht im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrage steht. Wäre in dieser Beziehung eine Beschwerde begründet, so würde die hessische Regierung auf die erste Aufforderung in dieser Beziehung sofort bereit sein, ihre Steuer entsprechend einzurichten. Das ist aber eine Sache, welche bei diesem Antrage überhaupt nicht in Frage steht; der Antrag bezweckt vielmehr, das ganze System der indirecten Steuern in Hessen zu reformiren aus Anlaß der Ermäßigung des Eingangszolles für Wein. Ich glaube mit Bestimmtheit, daß, wenn im Zollverein dieser Eingangszoll bestimmt normirt wird, es Sache der einzelnen Landesgesetzgebungen ist, sich die Consequenzen daraus selbst zu ziehen. In Bezug auf die persönlichen Vorwürfe des Abg. Metz, verweise ich auf die stenographischen Berichte und fühle mich sonst nicht veranlaßt, näher darauf einzugehen.

Graf Bismarck: Ich konnte, ohne im Uebrigen dem Zollbundesrath vorzugreifen, nur bemerken, daß hier nicht die Frage vorliegt, ob die hess. Landesgesetzgebung im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrag steht, sondern daß es sich hier darum handelt, ob die gesetzgebenden Factoren des Zollvereins berechtigt sind, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Zustimmung links.)

Abg. Probst: Das Recht, Beschwerden im Petitionswege hier zur Sprache zu bringen, hat wohl der einzelne Abgeordnete, niemals aber das

Parlament als solches. Dasselbe würde mit einem solchen Beschluß seine Competenz überschreiten und gegen eine solche Erweiterung müssen wir protestiren. Wir haben dies bereits bei der Adresse gethan, und man hat uns Süddeutschen damals als Motiv Preußenhaß untergeschoben. Von diesem waren wir weit entfernt. Der Grund, der uns zu unserm Verhalten bewog, war die Ueberzeugung, daß ein Hineinziehen des politischen Antagonismus in unsere Discussionen, die durch den Widerstreit der entgegenstehenden Ansichten über Schutzzoll und Freihandel, über die Besteuerung dieses oder jenes Industriezweiges Raum genug zum Kampfe geben, die materiellen Interessen, welche wir hier zu vertreten haben, leiden müßten. Wir wollten Frieden, Frieden nicht nur in diesem Hause, auch Frieden nach außen. Es schien uns gerathen, die Lawine, die seit lange am Gipfel des Berges droht, nicht durch Erschütterungen von hier aus in's Rollen zu bringen und die Segnungen des Friedens von Neuem zu gefährden. So glaubten wir dem Zollparlament selbst, wie dem Vaterlande den besten Dienst zu leisten.

Graf Bismarck: M. H.! Sie Alle werden mir das Zeugniß geben, daß ich als Vertreter meiner Regierung ebenso wie meine geehrten Herren Collegen aufs Sorgfältigste Alles vermieden haben, was uns der Vermuthung aussetzen könnte, als wollten wir auf die süddeutschen Herren irgend welche Pression oder auch nur die leiseste Ueberredung ausüben, daß sie sich bemühen möchten, die Cempetenz des Zollparlaments zu erweitern. Der Herr Vorredner hat gesagt, seine Landsleute seien einig darin, sich diesem Streben zu widersetzen. M. H., von dieser Seite her ist nichts geschehen, was den Herrn Vorredner in diesem Streben hätte irre machen können. Führen Sie Ihr Programm ruhig durch, so lange dies Ihr Wille ist; von uns werden Sie mit keiner Bitte, mit keinem Wunsche angegangen werden, dasselbe aufzugeben, das hängt nur von Ihrem eigenen freien Willen ab und ich beziehe mich — obwohl in dieser Versammlung nur ungern — auf ein Aktenstück, welches zwar nicht in Ihren Geschäftskreis gehört, welches aber geeignet ist, das Programm der Politik des norddeutschen Bundes zu kennzeichnen; ich erinnere Sie an die längst veröffentlichte Circulardepesche vom 7. September vorigen Jahres. Lesen Sie dieselbe mit Aufmerksamkeit durch, meine Herren, so werden Sie sehen, daß das Programm der Politik des norddeutschen Bundes, an welchem heute noch festgehalten wird, Ihre Selbstständigkeit in keiner Weise gefährdet; und selbst wenn Sie den Wunsch aussprechen sollten, so müßten Sie diese Wünsche — Sie nennen es so, wir nicht — immer erst so motiviren, daß sie auf beiden Seiten dieselbe Aufnahme und dieselbe günstige Beurtheilung fänden. Sie halten uns dabei für viel interessirter, als wir wirklich sind, und ich habe das Wort ergriffen, um Sie darüber zu beruhigen. Es kann von solchen Dingen nicht eher die Rede sein, als bis Sie frei und selbstständig zu der offenen Ueberzeugung kommen, daß eine solche Vereinigung der Selbstständigkeit Ihrer Länder dient und daß sie der Ansicht der Majorität der Landesangehörigen entspricht. Bis Sie zu dieser Ueberzeugung gekommen sind, berathen Sie ruhig die dem Zollparlament vorliegenden Fragen. Wenn ich mich aber so gegen die eine Seite verwahre, so muß ich doch ebenso jeder Verminderung der Competenz des Zollparlaments entgegentreten; ob das in diesem Falle vorliegt, lasse ich unentschieden. Dem Herrn Vorredner gebe ich schließlich noch zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen nie Wiederhall finden wird.

Abg. Lasker: Die Namen der Herren, die gegen den Bambergerschen Antrag gesprochen, kennzeichnen ihre Tendenzen zur Genüge. Der Abg. Liebknecht hat hier seine Rede, die er neulich in der Volksversammlung gehalten, wiederholt, nur sein Programm, die Zerstückelung Preußens, hat er weggelassen, wohl weil er voraussetzte, daß er damit auf keiner Seite dieses Hauses Anklang finden würde. Den Abg. Probst, der im Namen der Süddeutschen zu sprechen vorgab, mache ich darauf aufmerksam, daß sich die bairischen, badischen und hessischen Abgeordneten sehr dafür bedanken werden, ihn als ihren Wortführer anzuerkennen; ich glaube ihm schon mehr als genug zu thun, wenn ich ihn als Rechtsconsulent der Würtemberger gelten lasse. Es wird immer von Competenzerweiterung gesprochen, — von wem ist denn eine solche verlangt? Man sagt, wir wollten hier durch unsere Verhandlungen den Einheitsstaat schaffen; — ich meine, dazu gehört doch vor Allem eine Executivgewalt; so lange eine solche nicht vorhanden ist, kann von einem Staate keine Rede sein. Wir denken nicht daran, Jemanden wider seinen Willen zum Anschluß an das bisher geschaffene Einheitswerk bewegen zu wollen, unsere Politik kann nur die sein, zu warten, bis die Noth jene Staaten zu der Einsicht gebracht hat, daß sie für sich Nichts, absolut Nichts sind, so lange sie sich dem großen Ganzen nicht unterordnen. Das Eine haben wir Gott sei Dank erreicht, daß das unselige liberum veto aufgehört hat, daß nicht mehr ein einzelner Staat durch seinen Protest die gefaßten Beschlüsse verhindern kann, sondern daß wir hier alle als gleichberechtigt durch die Majorität unserer Stimmen entscheiden; und wir werden uns von der Aufgabe, die wir ins Auge gefaßt haben, durch keine Resolution einer Volksversammlung abwendig machen lassen. Der hessische Herr Bundescommissar scheint den Antrag gar nicht gelesen zu haben, denn sonst hätte er nicht in einer Weise gesprochen, wie es nur Jemand kann, der von internationalen Verträgen noch nie etwas gehört, von deren Bedeutung keine Ahnung hat. (Unruhe.)

Ich wüßte in der That nicht, wer uns das Recht absprechen sollte, das jeder parlamentarischen Körperschaft zusteht. Es ist doch unmöglich, daß wir das Recht haben, Lasten aufzulegen, ohne die Befugniß, eine Erleichterung dieser Lasten zu beantragen und dadurch eine Ueberbürdung zu verhindern, die den ganzen Zweck des Staates in Frage stellen können. Gerade die Kleinstaaten wären durch eine solche Interpretation am meisten gefährdet; denn wenn hier eine Belastung beschlossen, ohne unsererseits die entsprechende Erleichterung herbeizuführen, so würden die Kleinstaaten bald an uns herantreten und erklären, daß sie eine solche Ueberbürdung zu tragen nicht im Stande seien. Würden Sie sich diesen Klagen gegenüber auch für incompetent erklären? Es ist unmöglich, die staatlichen Interessen so von einander zu trennen, daß man bei jedem Punkte, der im Vertrage nicht vorgesehen ist, eine Competenz-Ueberschreitung constatirt. Der Rechtsconsulent der Würtemberger hat vorher auf die Gründe derselben gegen Erlaß einer Adresse hier entwickelt, ohne daß in den Verträgen ein Wort darüber steht. Derselbe Abgeordnete hat hierbei ein Moment in die Versammlungen eingeführt, das man bisher in deutschen Versammlungen zu hören nicht gewöhnt war; gerade deshalb hätte ich eine Adreßdebatte gewünscht, um darin auszusprechen, daß wir uns in unseren Beschlüssen weder durch das Wohl noch Uebelwollen des Auslandes leiten zu lassen gesonnen sind. Suchen Sie die Bedeutung dieser Versammlung nicht selbst herabzudrücken. Schätzen Sie dieselbe vielmehr, damit, wenn die Tage kommen werden, wo eine Vertretung Deutschlands nicht nur über die materiellen, sondern über alle staatlichen Interessen unseres Vaterlandes entscheiden soll, dem Inhalte die Form nicht fehle. (Beifall.)

Abg. Bebel: Die Erinnerung an den heutigen Jahrestag seitens des Abg. Metz hat mich nicht überrascht. Seine Partei sucht ja im Volke die Vorstellung zu erwecken, als sei dieses Parlament mit dem vom Jahre 1848 zu verwechseln, obwohl beide kaum mit einander zu vergleichen sind. Unser Zollparlament ist überhaupt kein deutsches Parlament, es fehlen nicht nur die Vertreter Luxemburgs, sondern auch die Abgeordneten der 9 Millionen Deutschen in Oesterreich. Der Abg. Lasker hat sich in seiner, im gewöhnlichen Tone gehaltenen Aeußerungen auch auf die kürzlich hier stattgehabte Volksversammlung bezogen. Ich vermuthe, daß er eigentlich nur einer verlorenen Rede, die er für die Adreßdebatte vorbereitet hatte, und dem Aerger über den Erfolg jener Volksversammlung hat Luft machen wollen. Sein Interesse, das er für die Kleinstaaten an den Tag legte, hat mich überrascht, [illegible] (Heiterkeit), so pflegt er doch sonst gegen dieselben zu sprechen, und ihnen die auf unserem Militärsystem beruhende Steuerüberbürdung zur Last zu legen.

Abg. Dr. Löwe: Ich halte es für einen durchaus ungeeigneten Weg, gegen eine Competenzerweiterung zu protestiren, wo von einer solchen gar nicht die Rede ist. Das Zollparlament hat die höchste historische Berechtigung — ganz gleich, ob es in den Verträgen steht — zu wachsen und stärker zu werden. Es muß dieselbe Entwickelung nehmen, wie der Zollverein, gegen den sich auch seitens der Kleinstaaten eine Menge von Bedenken erhoben, denen die Furcht eines Verlustes der Selbstständigkeit zu Grunde lag. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, mußten wir die größten Opfer bringen und jene Bedenken durch unser Geld beschwichtigen. Der Antrag des Abgeordneten Bamberger liegt vollkommen und unbestreitbar in der Competenz des Hauses, denn er enthält Nichts, als den Wunsch, in welcher Weise wir künftig verfahren zu sehen wünschen. Es bleibt uns für die Zukunft eine ruhige aber rücksichtslos fortschreitende Arbeit und Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß wir Sie bei Ihren Protesten in Ihrer Negation unterstützen wollen. Gewöhnen Sie sich daran, in Zukunft eine Reihe solcher Anträge, wie der vorliegende, zu sehen, und wenn Ihnen dieselben mißfallen, so verfolgen Sie Ihre wirthschaftlichen Interessen für sich. Wenn ich ebenso die [illegible] im Auge hätte, die ohne Rücksicht auf unsere gemeinsamen Interessen, so würde ich das uns hier zusammenhaltende Band nicht länger aufrecht zu erhalten suchen, gegen welches Sie fortwährend protestiren, [illegible] (Beifall der Nationalliberalen.)

Abg. Roßhirt gegen Lasker. Abg. Camphausen (Neuß) für die Competenz des Parlaments, [illegible] nicht verkümmern soll. Commissar Hoffmann bleibt bei seiner zunächst persönlichen Ansicht, daß der gegen Hessen gerichtete Antrag eine Competenz-Ueberschreitung sei. Abg. Windthorst: Es ist kein Zeichen von Furcht, wenn man den Wunsch nach Frieden ausspricht, ich bin am wenigsten furchtsam, zumal wenn mir der General Moltke zur Seite steht. (Große Heiterkeit, da der kurzsichtige Redner den General v. M. mit v. Steinmetz, der neben ihm steht, verwechselt hat). Es ist aber doch immer ein General. Die Competenz haben wir weder zu beschränken noch zu erweitern, sondern an den Verträgen zu halten. Die Einigkeit werden Sie (die Nationalliberalen nicht fördern durch aufregende Reden (Widerspruch), sondern das Band sprengen (Widerspruch), ich wiederhole es: sprengen. Graf Bismarck kennt den Antrag erst seit heute, sonst würde er anders sprechen. Nicht einmal in Hessen selbst steht es fest, ob man einen Grund zur Beschwerde hat. In Baiern und Würtemberg bestehen eben solche Auflagen, die man beim Abschluß des Vertrages kannte und jetzt höchstens revidiren könnte. Der Zweck des Bamberg'schen Antrags ist die Adreßdebatte zu ersetzen, wenigstens ist er in diesem Sinne in der Fraction geprüft worden. (Präsident Simson bittet Vorgänge außerhalb des Hauses nicht in die Debatte zu ziehen.) Es ist das heute so oft geschehen, daß ich davon angesteckt bin. (Präsident: Dann wünsche ich, daß man sich vor weiteren Ansteckungen hüte. Heiterkeit.) Ich gratulire dem Herrn Präsidenten zu dem glücklichen Witz und bitte im Interesse der Einigkeit gegen den Antrag Bamberger zu stimmen.

Abg. Waldeck: Die Einwendungen gegen die Competenz, die bei der Adreßdebatte gemacht worden sind, haben hier gar keinen Grund; sie werden durch den Art. 5. klar widerlegt. Materiell liegen Beschwerden Hessens vor: es sollen auf den Wein neue Abgaben gelegt werden zum größten Schaden der Producenten; auf diese haben wir einzugehen. Wenn uns aber ein Vorredner ermahnt, auf dem Boden der Verträge zu bleiben, so sage ich ihm, möge hundertmal die Eingangsformel des Vertrages denselben für ewig sanctioniren, solche Ungeheuerlichkeiten, daß es halb im norddeutschen Bunde liegt, halb außerhalb, können nicht bestehen. Wir haben im Reichstage entsprechende Anträge vermieden, weil der hessische Commissar entschieden erklärte, seine Regierung werde schon selbst sich zu helfen wissen. Freilich ist er dann desavouirt worden. Jetzt hat er uns schon wieder die Beredtwilligkeit der hessischen Regierung gerühmt. (Heiterkeit.) Gerade diesen unglücklichen Doppelhessen müssen wir helfen, ihnen, die eingeklemmt sind zwischen Norden und Süden; denn es hilft ihnen weder ihre Regierung, noch der norddeutsche Reichstag. Es ist hier auch das Interesse des Friedens erwähnt worden. Ich denke, wir können es sagen, daß eine Einmischung des Auslandes nicht geduldet werden wird in Dinge, die an sich klar sind. (Bravo!) Ich bin gewiß Freund des Friedens; wird aber der Krieg geboten, so haben wir dahin zu wirken, daß er auch den Interessen der Einheit und Freiheit möglichst günstig wird. Wenn wir uns hier bei jedem Artikel fragen sollten, ob etwa ein Rechtsanwalt dabei den Einwand gegen die Competenz erheben würde, so sinkt das Zollparlament auf das tiefste Niveau. Kommt es zu einem einigen Deutschland, so sollten sich doch die jetzt Lebenden hüten, daß man ihnen vorwirft, es verhindert zu haben. (Bravo.)

Abg. v. Neurath: M. H.! Es ist uns vielfach Mangel an Einsicht, an Vaterlandsliebe vorgeworfen worden; ich verwahre mich dagegen entschieden. Es ist nur die Frage, was ein Mann, der sein Vaterland liebt, für eine weitere Entwickelung wünschen soll. Wir wünschen vor Allem solche Fragen, die nicht zu unserer Competenz gehören, fern zu halten. Ich glaube, der Kampf um diesen Antrag ist nur durch seine Fassung hervorgerufen worden, hätte er nur dem Bundesrath empfohlen, in Betracht zu ziehen, ob nicht die Zollverträge zu ändern sind, so hätte Niemand den Competenzeinwand gemacht; da der Antrag aber einen einzelnen Staat herausgreift, überschreitet er unsere Competenz und deswegen muß ich dagegen stimmen.

Abg. Wagener (Neustettin): Ich will die Abweichung von unserm Grundsatze in der Adreß-Debatte, Nichts zu sagen, was danach aussehen könnte, als wollten wir die Befugniß des Zollparlaments erweitern, rechtfertigen. Die Süddeutschen haben diesem Antrag gegenüber denselben Fehler gemacht, als der Adresse gegenüber, sie haben durch ihre Einwände erst das daraus gemacht, was er jetzt geworden ist. Der ganze Einwand beruht wohl nur auf der Unkenntniß preußischer Zustände; die Herren haben noch ein zu großes Grauen vor unseren Nationalliberalen; das sind aber ganz gemäßigte und verständige Leute (Heiterkeit), deswegen muß man also ihre Anträge nicht principiell bekämpfen. Ich stehe ganz auf dem Standpunkte des Abg. Löwe, wenn er meint, daß Niemand das unaufhaltsame weitere Wachsen des Zollvereins werde hindern können; aber er ist auch bisher nur gewachsen, weil die preußische Regierung vermieden hat, ihn mit politischer Sauce zu serviren. Aber eben so fest müssen wir dagegen kämpfen, die Competenz des Zollparlaments zu verkürzen. Der Antrag läßt ja dem Bundesrath und der hessischen Regierung immer noch freie Hand, zu thun, was sie wollen. — Meine Ansicht von der deutschen Einheit ist die, daß ich sie mir überhaupt nicht denken kann, wenn man die Eigenart der deutschen Stämme untergräbt. Wir stehen fest auf dem Standpunkt des deutschen Partikularismus und deutscher Einheit, und gestehen darin Niemandem den Vorrang zu. Um diesen hohen Preis ist uns selbst der Friede nicht zu theuer; einen Frieden, den ich mir nur darum erkaufen kann, daß ich mir die deutsche Zunge ausbeiße, mag ich nicht. (Bravo!)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Bissing: Wir Süddeutschen scheinen heut hier die Sündenböcke zu sein. Der Graf v. Bismarck hat im norddeutschen Reichstag gesagt, die Süddeutschen seien mit Ausnahme der badischen Minister noch 30 Jahre hinter der politischen Bildung des Nordens zurück. (Widerspruch.) Lassen Sie uns Canadier also diese 30 Jahre erst noch draußen bleiben und die Bildung nachholen! (Widerspruch.)

Abg. Völk: Unter dem Namen „wir Süddeutsche" werden hier Reden gehalten, die nicht alle Süddeutschen billigen. Aber ich will hier nicht einen Streit unter Süddeutschen anfangen, den wir bei der Adreßdebatte glücklich vermieden haben; denn wir wollten nicht durch ein Bündniß mit Norddeutschen über eine süddeutsche Majorität siegen. (Bravo!) An der politischen Debatte, die der Antrag Bamberger hervorgerufen, müssen wir uns betheiligen, um dem Vorwurf zu großer Zurückhaltung zu begegnen. Wenn politischer Stoff angesammelt ist, kommt die Besprechung von selber. Ich habe zu meinem größten Erstaunen eine merkwürdige und wohlthuende Uebereinstimmung meiner Ansichten mit denen des Abg. Wagener bemerkt. (Heiterkeit.) Ich habe mir ihn immer als heftigen Feind der deutschen Einheit gedacht. Aber so ist es, wenn redliche und ehrliche Männer zusammenkommen und besprechen. (Heiterkeit.)

Daß die deutsche Nation die Einigkeit noch nicht erreicht hat, ist nur eine Folge gegenseitiger Unkenntniß und Vorurtheile und wenn diese Debatte nur einigermaßen beiträgt, diese zu beseitigen, so ist sie nicht verloren. Kommt auch aus diesem Zollparlament die Einheit nicht heraus, so muß sie doch kommen. Ich aber sehe gerade in dem Warten bis zur Consolidirung der norddeutschen Verhältnisse eine große Gefahr für uns Süddeutsche, weil es uns dadurch unmöglich wird, auch für unsere Bequemlichkeit in den noch werdenden Verhältnissen ein Plätzchen zu schaffen. Und wenn wir auch wissen, daß unsere Kräfte nicht so groß sind, so wird es doch gut sein, wenn der Norden auch Einiges von dem milderen Staats- und Gefühlswesen des Südens annimmt. (Bravo!) — Es ist dann auch hier unter dem Titel „wir Schwaben" gesprochen worden. (Heiterkeit.) Es ist bitteres Unrecht, den Schwaben Mangel an Vaterlandsliebe vorzuwerfen; denken Sie an ihre Stellung im Jahre 1849! Alle streben wir nach demselben großen Ziele, nur nicht alle auf dieselbe Weise. Es ist ferner das Verhältniß Oesterreichs hineingezogen worden. M. H.! Es giebt da genug Leute, welche wissen, daß eine Operation nöthig war, um uns aus den Wehen des Bundestages in den frischen deutschen Staat zu bringen (Bravo!) und das deutsche Element Oesterreichs hat dadurch nicht verloren, sondern gewonnen! (Sehr wahr!)

Je mehr wir unsern deutschen Staat fertig machen, desto sicherer sind sie überzeugt, daß sie in der Noth einmal eine heimische Stätte finden können. (Bravo!) Was soll es heißen, wenn von Aufgaben particularer Eigenthümlichkeiten gesprochen wird? Die sind so stark, daß sie sich von selbst erhalten werden. Lassen Sie uns also sie schonen, aber darüber das Gemeinsame nicht vergessen! (Bravo!) Schließt man sich an ein Größeres an, so gewinnt man dadurch Schirm und Schutz; wenn dagegen der Starke vom Schwachen nur beunruhigt wird, so macht er ihm bei Gelegenheit leicht einmal ein Ende. Deswegen halte ich es für conservativ, in das deutsche Staatswesen einzutreten. Von mangelnder Competenz kann hier gar keine Rede sein. Wir haben dafür zu sorgen, daß des Einigungswerk wachse, und darein hat das Ausland Nichts zu reden. Ich schließe mit dem Worte eines geistreichen Mitgliedes dieses Hauses: jetzt ist es Frühling geworden in Deutschland; und wenn auch noch Einzelne sich schneeballen, so wird das nicht mehr lange dauern; der fortschreitende Frühling wird sorgen, daß dem Schneeballen bald das Material ausgeht. Ich schließe, meine Herren, es ist jetzt in Deutschland Frühling geworden. (Lebhafter Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen. Aus der Reihe der persönlichen Bemerkungen heben wir hervor: Abg. Probst erklärt, er habe von keiner Furcht, die Süddeutschland habe, gesprochen, „daß davon bei uns überhaupt keine Rede sein kann, das zeigt die Stimmung, die während der Luxemburger Affaire herrschte. Ganz Süddeutschland hätte sein Letztes aufgewendet, um Luxemburg bei Deutschland zu erhalten."

Bundescommissar Delbrück dementirt Namens des abwesenden Bundeskanzlers in aller Form, daß dieser je davon gesprochen, die Süddeutschen seien um 30 Jahre in der Cultur zurück.

Abg. Metz constatirt, daß der amtliche Bericht, den Bundescommissar Hoffmann seinem Chef v. Dalwigk über seine Auslassungen im norddeutschen Reichstage gemacht, ein anderer gewesen sei, als wie sich derselbe aus den stenographischen Berichten ergebe.

Bundescommissar Hoffmann erklärt dies für unmöglich.

Der Rest des Vertrages wird ohne Discussion genehmigt und darauf die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen.

Vor Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung erhält noch das Wort:

Abg. v. Hennig: M. H.! Ich habe mich aus dem stenographischen Bericht, den mir der Herr Abg. Mohl vorgelegt hat, überzeugt, daß er die von ihm behaupteten Aeußerungen allerdings gemacht hat. Ich muß es dem Herrn v. Varnbüler überlassen, die Wahrheit der seinigen zu vertreten.

Nächste Sitzung Dinstag 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Wahlprüfung; 2) Handelsvertrag mit dem Kirchenstaat; 3) Reform des Zolltarifes.

Berlin, 18. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Secretär a. D. und Rechnungs-Rath Pechstein zu Frankfurt a. O. den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Beigeordneten August Reyscher zu Hilden im Kreise Düsseldorf und dem Weinhändler Mathès Müller zu Eltville im Rheingau-Kreise den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem Schullehrer, Küster, Kantor und Organisten Dietrichs zu Minden den Adler der vierten Klasse des königlichen Hausordens von Hohenzollern, sowie dem Förster Carl Adam zu Forsthaus Ritterswalde im Kreise Neisse das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Das 13. Stück des Bundes-Gesetzblattes des norddeutschen Bundes enthält unter Nr. 98 den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem norddeutschen Bunde und der Republik Liberia.

Am Gymnasium zu Freienwalde a. O. ist die Beförderung der ordentlichen Lehrer Dr. Heinze und Dr. Teichert zu Ober-Lehrern genehmigt worden. Der praktische Arzt 2c. Dr. J. Wolff zu Filehne ist zum Kreis-Physikus des Kreises Löbau ernannt worden.

Berlin, 18. Mai. Se. Majestät der König nahmen heute den Vortrag des Civil-Cabinets und militärische Meldungen entgegen. — Se. Königliche Hoheit der Kronprinz begab Höchstsich gestern Abend mit dem Courierzuge der Ostbahn nach Posen und von da aus in den Bezirk der 4. Division, um in Gnesen, Inowraclaw, Thorn und Bromberg Truppen-Inspectionen abzuhalten. Am Mittwoch, den 20. d. M., gedenkt Se. Königliche Hoheit die landwirthschaftliche Ausstellung in Bromberg zu besuchen, deren Protectorat Höchstderselbe übernommen hat. Die Rückkehr nach Berlin steht am Donnerstag früh zu erwarten. In der Höchsten Begleitung befinden sich der Oberst und Chef des Generalstabs II. Armee-Corps von Wichmann, der Major von Seeckt, Adjutant bei diesem General-Commando, und der persönliche Adjutant, Hauptmann Graf Eulenburg. (St.-A.)

= **Berlin**, 18. Mai. [Das Zollparlament.] Hätten die schaulustigen und für parlamentarische Debatten so lebhaft interessirten Berliner auch nur im Entferntesten vermuthen können, daß die heutige Sitzung des Zollparlaments ein so lebhaftes Tempo annehmen würde, als es der Fall war, sie würden schwerlich so viele Lücken auf den Tribünen geduldet haben. Das Zollparlament erlebte heute seine interessanteste Debatte. Wie ein Blitz aus heitern Höhen kam heute die ganze Fülle der Reden, der ganze Umfang des Meinungsaustausches zum Vorschein, welche bei der Adreßdebatte zurückgedrängt worden waren. Es gab in der That ein lebhaftes parlamentarisches Gefecht, um welches die Verfasser der unschuldigen Resolution über die Beschwerden der Hessen betreffend die Weinzölle, die Abg. Bamberger und Metz, mehr aber noch der Abg. v. Mohl und der hessische Commissar Hoffmann, „der viel und leicht redende Herr Bundescommissar", wie ihn ein Reichsbote einmal nannte, durch ihre Competenz-Bestreitung um so mehr ein Verdienst hatten, als endlich einmal die Geister auf einander platzten und die schwäbischen Particularisten, wie die baierschen Ultramontanen diejenige Stellung einnahmen, die ihnen allein in diesem Saale gebührt. Wie es unverkennbar ist, daß die Einmischung des Grafen Bismarck in die Debatte das Signal zu dem Verlaufe derselben gab, so ist andererseits doch auch zu constatiren, daß das Resultat, die Abstimmung über die Resolution und darüber hinaus der nachhaltige Eindruck der Debatte auf dem erneuten Zusammengehen des Grafen Bismarck mit den Nationalliberalen beruhte. Noch hatte sich Graf Bismarck in diesem Parlamente nicht vernehmen lassen; es ist für die Bedeutung des Letzteren mit dem heutigen Tage gewiß eine neue Periode angebrochen, seitdem des Complimentirens müde, den Süddeutschen einmal klarer Wein eingeschenkt worden ist. Wenn der Abg. Probst als die beste Karte gelten soll, welche die oppositionellen Süddeutschen ausspielen konnten, nun so hätten sie heute nicht eben glücklich gespielt, Herr Probst, wie der Bundescommissar Hoffmann fanden doch eine sehr drastische Widerlegung. Die Herren Liebknecht und Bebel hielten, wie Lasker sehr richtig bemerkte, wieder einmal dieselbe Rede, welche sie in allen Volksversammlungen und Parlamenten zu halten pflegen. Das will nicht mehr verfangen. Lasker benutzte, wie gewöhnlich, mit Geist und Geschick seine Position, den Glanzpunkt des Ganzen aber bildete unstreitig die treffliche Rede des Abg. Völk, es ist das vielleicht eine der eindruckvollsten Reden, die überhaupt in diesen Räumen gehalten worden, sie bildete den wärmsten Moment der Debatte und machte, wie gesagt, auf allen Seiten des Hauses einen fast ergreifenden Eindruck, gerade durch ihren geringen Aufwand an Pathos und durch den Volkston, dem er durch die schwäbische Mundart ein Relief zu geben wußte. Von allen Seiten wurde der Abg. Völk, als er von der Tribüne auf seinen Platz zurückgekehrt war, umdrängt und zu seinem Erfolge beglückwünscht: selbst der alte Herr v. Franckenberg-Ludwigsdorff kam heran und drückte ihm augenscheinlich bewegt die Hand. Schließlich wurde die Resolution Bamberger mit ungeheurer Majorität angenommen (u. A. stimmten die bairischen Minister Fürst Hohenlohe und v. Schlör dafür) und in bewegtester Stimmung trennte sich die Versammlung.

Kiel, 18. Mai. Nach den beim Commando der Marine eingegangenen Nachrichten ist Sr. Maj. Fregatte „Niobe" von New-York am 17. Mai in Dartmouth (Südküste von Devonshire) angekommen. (Tel. B. f. N.)

München, 18. Mai. Die „Correspondenz Hoffmann" meldet: Anläßlich der Beschlüsse des Zollparlaments, betreffend die Wahlen der Abgeordneten Wild und Meder haben die Ministerien des Handels und des Innern die genauesten thatsächlichen Erhebungen angeordnet. (W. T. B.)

Oesterreich.

Wien, 18. Mai. [Das Unterhaus] trat in heutiger Sitzung den vom Herrenhause gemachten Aenderungen in dem Gesetze, betreffend die interconfessionellen Verhältnisse, bei und nahm sodann den Gesetzentwurf, betreffend die Pensionirung der Minister, mit der Aenderung an, daß die Jahrespension anstatt mit 3000 Fl. mit 4000 Fl. fixirt werde und daß auch den freiwillig abtretenden Ministern der Anspruch auf Pension gebühre.

Das Herrenhaus nahm in heutiger Sitzung den Gesetzentwurf, betreffend die Zugeständnisse und Bedingungen für die Concession der böhmischen Nordwestbahn, mit unwesentlichen Aenderungen an. (W. T. B.)

Spanien.

Madrid, 9. Mai. [Königliche Gnadenbezeigungen.] Die Königin Isabella ist über die Verbindung ihrer Tochter mit dem Grafen von Girgenti hocherfreut und hat diesem Gefühle durch folgende Be-

förderungen Ausdruck gegeben: der Ministerpräsident Gonzalez Bravo ist zum Herzog, die übrigen Mitglieder des Conseils sind zu Marquis und der Unterrichtsminister, der bereits Marquis war, zum Granden von Spanien ernannt worden. Endlich hat die Königin dem berüchtigten Bosco, der bekanntlich eine sehr thätige Rolle im neapolitanischen Brigantenkriege spielte, Adelsbriefe und den Rang eines General-Capitains verliehen. Unmöglich konnte die Königin ihre feindseligen Gesinnungen gegen Italien greller an den Tag legen als durch diese letztere Ernennung. Die Vermählung findet am 14. in der Kirche von Atocha statt.

[Emeute.] Letzter Tage fand hier eine kleine Emeute mit allerhand bizarren Nebenumständen statt. Die Arbeiterinnen der hiesigen Cigarren-Fabrik, etwa 4000 an der Zahl, waren in der letzten Zeit sehr unregelmäßig bezahlt worden und hatten sich zusammengethan, um mit Gewalt eine Regelung ihrer Forderungen durchzusetzen. Sie kehrten sich zuerst gegen den Director, den sie, mit großen Scheeren bewaffnet, unter den wildesten Drohungen verfolgten. Der Arme floh von Saal zu Saal, bis er an eine halbgeöffnete Balkonthüre kam. Von dem Balkon zur Erde war eine bedeutende Entfernung, aber Abelard's Schicksal vor Augen, wagte der Verfolgte doch, auf die Gefahr hin, sich den Hals zu brechen, den salto mortale, der glücklicher Weise gut ablief. Der Vorgang war inzwischen den Behörden zu Ohren gekommen und der Finanzminister mit verschiedenen Beamten und der Bürgerwache begab sich an Ort und Stelle. Er fand die Arbeiterinnen nach allen Regeln der Kunst in der Fabrik verbarrikadirt. Vergebens redete er ihnen zu; seine Worte wurden vom Geschrei und Pfeifen erstickt und die Wahrer der Ordnung wurden mit Steinen, Töpfen und was sich sonst an Wurfgeräth vorfand, empfangen. Endlich gelang es indeß der Wache, die Thore zu forciren und die Insurgentinnen mit flacher Klinge zu Paaren zu treiben. Zweihundert wurden gefangen abgeführt; mehr als eine war in dem Kampfe übel zugerichtet worden, eine genas mitten im Tumult eines gesunden Knäbleins. Gestern kam es abermals zu einem Scandal. Da in der Fabrik in Folge der Verwüstungen des vorigen Tages nicht schon wieder gearbeitet werden konnte, so zogen mehrere Hundert der unbeschäftigten Weiber nach dem Platze vor dem Palast und riefen tobend die Königin heraus. Die Königin erschien wirklich auf dem Hauptbalkon und schwenkte grüßend ihr Taschentuch; der Civilgouverneur und der Alcalde Corregidor fanden sich auch bald ein, ihr Zureden sowie die reichliche Vertheilung von Almosen bewirkte, daß die Weiber endlich still nach Hause gingen. Morgen wird die Fabrik wieder geöffnet und die Behörde hat gesorgt, daß die Arbeiterinnen vollständig zu ihrem Rechte, d. h. Gelde kommen.

Amerika.

Newyork, 30. April. [Zum Naturalisations-Vertrage.] Die „Newyorker Handelsztg." bringt unter der Ueberschrift „Deutschland, Amerika und die Deutsch-Amerikaner" einen Artikel, der an den mit dem norddeutschen Bunde abgeschlossenen Naturalisationsvertrag anknüpft. Nicht nur der Wortlaut des Vertrages, sagt das Blatt, sondern auch die im norddeutschen Reichstage stattgefundene Debatte liegt jetzt vor. Das Eine wie das Andere bestätigt die auch von uns sofort ausgesprochene Ansicht über den Sinn und die Tragweite desselben sowohl, wie über den Geist, welcher ihn entstehen ließ. Der Vertrag ist bestimmt, „die Staatsangehörigkeit der gegenseitigen Einwanderer zu regeln und damit aus den Beziehungen zweier, durch Handelsinteressen und Familienbande eng verbundener Nationen den Keim von Zwistigkeiten zu entfernen." Diese stark betonten Worte des königl. Bundes-Präsidenten schließen schon an und für sich jeden Zweifel aus, und vollends kann ein solcher nicht mehr aufkommen, wenn man die in der Debatte abgegebenen officiellen Erklärungen liest. — Nachdem sodann ein Resumé der Debatte gegeben, fährt der Artikel fort:

Somit wissen wir, was wir von dem Vertrage zu halten haben. Er ist die Morgengabe des Freundschaftsbundes zwischen der deutschen und der amerikanischen Nation, und die Deutsch-Amerikaner, beiden angehörend, sind zwischen ihnen das verbindende Glied. Die norddeutsche Bundesregierung verstand sich zu einem Opfer, welches ihr schwer wurde und keinem anderen Staate als Amerika hätte sie es gebracht. Sie erkannte, daß der redlich auswandernde Deutsche in Amerika dem Vaterlande gerade so viel nützt, wie in Deutschland selbst. Nur dies Gefühl konnte Bismarck zu der paradox klingenden Aeußerung veranlassen: „Die fünfjährige Abwesenheit in Amerika betrachten wir als eine Erfüllung der Militärpflicht dem Bunde gegenüber, wenn nicht der Betreffende durch rechtzeitige Wiederkehr eine neue Pflicht annimmt." Trefflich wurde durch den Abgeordneten Löwe das Verhältniß in den Worten gezeichnet: „Wenn je zwei Staaten ein Interesse daran hatten, gegenseitig sich zu helfen, gegenseitig sich zu schützen, enggeschlossen in der großen Weltpolitik neben einander zu stehen, so ist es der Staat, zu dessen Vertretung wir hier beisammen sind, und so ist es jene große Republik jenseits des Oceans. Auf keiner Seite, wenn man einfach die Dinge nimmt wie sie sind, wenn man keine Pedanterie auf der einen und keine muthwilligen Uebergriffe auf der anderen Seite vornimmt, auf keiner Seite liegt der Grund vor, je in Feindseligkeit, oder auch nur in Streit mit einander zu gerathen. Welche innere Zwistigkeiten uns auch hier trennen mögen, in der einen Liebe zum großen Vaterlande sind wir Alle einig, und diese Liebe antwortet uns aus Millionen Herzen von jenseits des Oceans und sorgt dafür, daß auch jene Regierung mit einer besonderen Aufmerksamkeit diesen Staat behandelt. Welche Mängel man auch an dem Bunde, an diesem neuen Staatswesen, an seiner ganzen Gestaltung finden möge, sicher ist, daß im Auslande das Ansehen der Nation durch den Anfang des nationalen Staates gewachsen ist." Man merkt es, daß Hr. Löwe selbst einst Deutsch-Amerikaner war, den er spricht den Deutschen diesseits des Oceans aus der Seele.

Man wolle uns gestatten, hinfort nicht mehr vom norddeutschen Bunde, sondern nur noch von Deutschland zu reden, denn der Main ist ein so schmales Gewässer, daß er sich aus der weiten Entfernung nicht gut unterscheiden läßt, und ob er heute oder morgen als Grenze übersprungen wird, darauf kommt es am Ende wenig an. Ueberdies muß dem, was im Verhältniß zum Auslande für den Norden gilt, sich auch der Süden anschließen, so daß uns die neue Trikolore nicht nur principiell, sondern auch thatsächlich und praktisch das ganze Deutschland repräsentirt.

Wie sehr auch in Deutschland selbst die Meinungen über das, was die letzten Jahre gebracht haben, getheilt sein mögen, hier blicken wir über das Kleinliche, Niedrige hinweg und gewahren nur den großartigen Fortschritt gegen früher. Wir fragen uns, welcher Art das Verhältniß Deutschlands zum Auslande gewesen, wenn Alles beim Alten geblieben wäre, und wie es jetzt ist. Der alte Bund machte Deutschland zur Null, zum Gespött der Welt: der neue gestaltet es selbst im jetzigen, unvollkommenen Stadium der Entwicklung zur Macht. Preußen wäre nicht im Stande gewesen, mit der großen Republik zusammen neue völkerrechtliche Normen aufzustellen; dies zu thun, war Deutschland vorbehalten. Wird jetzt das Auswandererwesen so regulirt, daß der Emigrant aufhört, eine Waare zu sein, so verdanken wir dies der neuen Ordnung der Dinge. Ist jetzt ein neuer Handels- und Schifffahrtsvertrag, der anderen Völkern zum Muster dienen soll, im Werke, so gilt hiervon dasselbe. Werden wir jetzt als Deutsche in Amerika nicht bemitleidet, sondern geehrt und geachtet, und knüpfen uns in Folge dessen doppelt heilige Bande der Pietät an das alte Heimathland, so datirt sich dieser erfreuliche Wechsel von der Gründung des Bundes her, dessen Reichstag in Berlin tagt. Auch wir finden noch viel an demselben auszusetzen. Aber wir wissen, daß es noch nicht vollendet ist, und sehen seiner Vervollständigung mit Vertrauen entgegen; denn hier in Amerika haben wir gelernt, wozu ein Volk fähig ist, wenn es will, und dem Volke, dem wir der Geburt nach angehören, trauen wir nicht weniger guten Willen und nicht weniger Energie zu, als dem amerikanischen, welches zum großen Theil durch deutsche Hilfe so Gewaltiges vollbracht.

Von dem Zusammenwirken Deutschlands und Amerikas liegt nur der erste, schwache Anfang vor. Je näher sie einander kommen, je mehr sie sich verständigen, desto fruchtbringender und stolzer wird die Aufgabe der Deutsch-Amerikaner sein. Das erste Erscheinen einer deutschen Fregatte im Hafen von Newyork legte uns dies recht nahe, und nicht nur für die Deutschen sondern auch für die Amerikaner war es ein Ereigniß, welches zu Demonstrationen lauter Freude Anlaß gab. Hoffentlich wird die Bundes-Regierung sich jetzt auch veranlaßt sehen, ein Consulat in Newyork zu errichten. Daß dies noch nicht geschehen, ist auffällig genug, denn wo liegt die Nothwendigkeit dringender vor, als in der Metropole der Westwelt, welche mehr als irgend ein anderer Hafen der Welt mit Deutschland in Verbindung steht? Wir hoffen bald berichten zu können, daß das Versäumte nachgeholt worden.

[Zum Schutz der Auswanderer.] Wie die „Newy. Handelsztg." berichtet, sind die Einwanderungscommissäre durch das in der Staats-Legislatur angenommene Gesetz „zum besseren Schutz der Emigration" endlich in den Stand gesetzt, allen Uebelständen vorzubeugen, unter denen bisher der Einwandernde seufzte. Das summarische Verfahren, wie es sonst nur unserer langsamen Justiz gestattet war, ist nunmehr in die Hände der Emigrationscommission selbst gelegt. Dieselbe kann jeden Capitän oder Beamten eines Einwanderer-Schiffes, welcher sich Contraventionen zu Schulden kommen läßt, peremptorisch durch ein Subpoena vorladen und sind die Beschuldigten verpflichtet, sich innerhalb 12 Stunden vor den Commissären zu einem Verhör zu stellen, bei welchem Letztere dieselben Vollmachten haben, wie sie den Referees zustehen. Wenn Emigranten künftig Klagen über schlechte Behandlung während der Fahrt vorzubringen haben, brauchen sie nicht mehr Tage oder Wochen zu verlieren, um zu ihrem Rechte zu gelangen, sondern können sofort nach abgegebenem Protocoll weiter reisen. Die Akten werden in der Office des County Clerk niedergelegt und sind eben so giltig, als seien sie vor einem gerichtlich bestellten Referenten eidlich abgegeben worden. Wenn sich jetzt Emigranten beklagen, daß hier kein Recht zu erlangen sei und sie üble Behandlung sich ferner ruhig gefallen lassen, dann ist es ihre eigene Schuld. Besondere Anerkennung muß Herrn Friedrich Kapp gezollt werden, welcher durch Geschick und Ausdauer es erreichte, daß dieses so nothwendige Gesetz zum Schutze der Emigration erlassen worden ist.

[Zur Abschaffung der Todesstrafe.] Einzelne amerikanische Staaten nähern sich der Abschaffung der Todesstrafe auf dem Wege einer Ausdehnung der Befugnisse der Jury. Die Geschwornen in Illinois haben durch ein im Staate Illinois im vorigen Jahre angenommenes Gesetz bei Ertheilung des Wahrspruches „Schuldig" gleichzeitig zu entscheiden, ob das Urtheil auf Tod oder lebenslängliche Gefängnißstrafe lauten soll. Das Resultat ist bis jetzt regelmäßig lebenslängliche Haft in den betreffenden Fällen unter dem neuen Gesetze gewesen. In Minnesota ist eben ein ähnliches Gesetz zur Annahme gelangt und verspricht man sich auch dort von demselben größere Sicherheit bei Ueberführung der Angeklagten.

Provinzial-Zeitung.

⚖ **Breslau**, 16. Mai. [Schwurgericht.] Die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Fuchs; die Vertheidigung führte App.-Ger.-Referendarius Kunze.

Von den drei zur Verhandlung anstehenden Sachen war unbedingt die erste die interessanteste, auch weil sie ihrem Vorkommen nach zu den selteneren gehört.

Der Zimmergeselle Paul Ruch aus Breslau erschien unter der Anklage der Doppelehe.

Die „Gartenlaube" schilderte einmal einen Fall, der gewissermaßen als Muster für eine ganze Anzahl gleicher betrachtet werden kann. Es begeben sich nämlich sehr häufig Arbeiter über die polnische Grenze, um lohnendere Arbeit zu suchen.

Sie bürgern sich ein, vergessen Weib und Kind, die sie zu Hause zurückgelassen und finden bald Gelegenheit zu einer zweiten Heirath.

Das hierdurch consumirte Verbrechen bleibt in vielen Fällen straflos und nur manchmal spielt ein fataler Zufall sein tückisches Spiel, das der zweiten Ehe ein Ende macht, aber auch die erste nimmermehr in ihre alten Rechte einzusetzen im Stande ist, zumal die Gerechtigkeit ihre Ansprüche erhebt und den Doppelbeweibten beiden Prätendentinnen durch die Verhängung einer entehrenden Freiheitsstrafe entzieht.

Unter die Kategorie dieser Fälle gehört der vorliegende.

Der Angeklagte ging im Jahre 1859 nach Polen, schickte zuerst seiner Frau einen Theil der Ersparnisse des Arbeitsverdienstes, unterließ dies jedoch bald und ließ sich gesprächsweise von Personen, die seine Frau in Breslau gesehen haben wollten, sagen, seine Frau habe sich von ihm scheiden lassen. Etwas Wahres lag in dieser Mittheilung; denn seine Frau hatte sich berichten lassen, daß ihr Mann ein Krüppel geworden sei, und darauf geäußert, daß er ihr dann ja nichts mehr nutzen könne. Da sie von ihm keine Briefe und kein Geld mehr erhielt, so hatte sie in der That einen gerichtlichen Antrag auf Scheidung der Ehe wegen böslicher Verlassung gestellt.

Nur durch einen Zufall war derselbe resultatlos geblieben. Als der Kostenvorschuß von ihr erhoben werden sollte, scheute sie vor demselben zurück und ließ die Sache auf sich beruhen. Ruch hatte inzwischen eine polnische Jungfrau kennen gelernt und sollte von derselben geheirathet werden. Sein Sträuben dagegen scheint nichts genutzt zu haben, denn er wurde, wie er wenigstens behauptete, betrunken gemacht und in die Kirche vor den Altar geschleppt, um dort der Jungfrau Agnes Chotkiewicz eheliche Treue zu geloben, nachdem ein gleiches Gelübde ihn noch an seine erste Frau knüpfte. Nach den Aussagen der Chotkiewicz war er freilich nicht betrunken gewesen, sondern hatte nur einige Schnäpse genossen. Eigenthümlich muß es bei der Trauung zugegangen sein, denn es ist erwiesen, daß der eine im Kirchenbuche aufgeführte Trauzeuge bei der Trauung nicht zugegen gewesen ist, sondern daß ein Anderer seine Stelle vertreten und für ihn mit der Namensunterschrift des angeblich zugegen Gewesenen unterzeichnet hatte. Ueber diese etwas frappante Thatsache um Auskunft gefragt, gab der betreffende parochus zur Antwort, daß es in Polen gar nicht selten sei, daß statt eines designirten Zeugen ein Anderer komme und mit dem Namen desselben unterschreibe. Dies erinnert unwillkürlich an die schöne Sitte der Polnisch-Wartenberger, nach welcher, wenn einer nicht Lust hat, die gegen ihn gerichtlich erkannte Strafe abzusitzen, er einen Ersatzmann sendet, der gegen Geld und gute Worte den Anforderungen der Gerechtigkeit Genüge leistet.

Sei dem wie ihm wolle, es war hier eine nach den gesetzlichen Vorschriften im Königreich Polen formell giltige Ehe des Ruch mit der Jungfrau Chotkiewicz abgeschlossen und von beiden Theilen auch eine Zeit lang geführt worden.

Da kam die polnische Revolution, in welche Ruch nach seiner Angabe verwickelt wurde, so daß man ihn sogar auf einige Zeit in einer Festung internirte. Hierauf scheint er des Lebens im Auslande überdrüssig geworden zu sein. Er kehrte zu den heimathlichen Penaten zurück. Von seinem Weibe erster Ehe, welche an dem lange Vermißten mit Freuden erkannte, daß sie keinen Krüppel vor sich habe, mit der alten Herzlichkeit aufgenommen, erneuerte er in allen Beziehungen die alte Ehe und lebte eben so glücklich oder noch glücklicher als beim Beginn derselben.

Indessen griff das Schicksal mit rauher Hand in der Person der Agnes Chotkiewicz ein und reclamirte den Ruch zu der neuen Genossin. Indessen gelten bekanntlich bei dem Conflicte zweier Ehen die umgekehrten Grundsätze, wie bei dem Kampfe zweier widersprechender Gesetze, und es wird dort dem Alter, nicht wie hier der Jugend, der Vorzug eingeräumt. Die Chotkiewicz mußte leider die unangenehme Erfahrung machen, daß sie mit ihrer Reclamation in ein Wespennest gestochen hatte und zur Ungiltigkeitserklärung ihrer Ehe und zur harten Bestrafung ihres Mannes Veranlassung gab. Die Berechtigung für den preußischen Staat, das von Ruch begangene Verbrechen zu ahnden, obgleich das Königreich Polen der Ort der That war, war nach § 4 Nr. 3 des Strafgesetzbuches unbedenklich, weil auch der Art. 1047 des in Polen geltenden Strafcodex die Doppelehe mit Einschließung resp. Zuchthausstrafe und Verbannung nach Sibirien bestraft, so daß mit Rücksicht namentlich auf den letzteren sehr unangenehmen Strafmodus Ruch gewissermaßen sich in einer günstigeren Lage befand, wenn er in Preußen abgeurtheilt wurde.

Hier machte nun der Angeklagte die schon oben angedeuteten Einwände. Er behauptete, einmal sich in dem Glauben befunden zu haben, daß die erste Ehe durch richterliches Scheidungsurtheil ihre Endschaft gefunden habe, dann daß die zweite Ehe selbst nach polnischem Ritus keine giltige sei, und endlich, daß er die Trauung in sinnlos trunkenem, also willenlosem Zustande abgeschlossen habe.

Das spannendste Moment der mündlichen Verhandlung eines Bigamie-Processes, nämlich das Auftreten der beiden sich feindlich gegenüberstehenden Ehefrauen, ging hier verloren, denn es erschien nur die erste legitime Frau des Ruch, während die Chotkiewicz commissarisch vernommen worden war.

Seitens der königl. Staatsanwaltschaft wurden sämmtliche Einwendungen des Angeklagten widerlegt.

Der Vertreter derselben führte aus, daß zur Consumirung dieses Verbrechens in subjectiver Beziehung keineswegs der dolus erfordert werde, d. h. das Bewußtsein, daß die frühere Ehe noch zu Recht bestehe, sondern daß der Leichtsinn genüge, die Auflösung der früheren Bande auf Grund ganz vager und unverbürgter Privatmittheilungen angenommen zu haben. Es wäre des Angeklagten Pflicht gewesen, sich bei den Behörden resp. Gerichten in Preußen über die Sachlage zu erkundigen. Dies habe er nicht gethan und darum die Strafe verwirkt.

Die Giltigkeit der zweiten in Warschau geschlossenen Ehe unter der Voraussetzung, daß keine frühere bestanden habe, sei zweifellos; denn es komme nicht darauf an, ob der ursprünglich designirte Trauzeuge der Trauung wirklich beigewohnt habe, sondern nur darauf, ob, wie hier nachgewiesen, die erforderliche Anzahl von 2 Trauzeugen zugegen gewesen.

Den letzten Einwand des Angeklagten anlangend, so sei durch das Zeugniß der Chotkiewicz, sowie durch die amtseidliche Versicherung des Parochus und andere Zeugenaussagen hinlänglich erwiesen, daß der Angeklagte bei dem Acte der Trauung nüchtern gewesen. Auch sei es ganz undenkbar, daß ein Geistlicher einen sinnlos betrunkenen Menschen trauen werde.

Aus diesen Gründen wurde seitens der Staatsanwaltschaft das Schuldig beantragt. Den entgegengesetzten Antrag versuchte der Vertheidiger dadurch zu begründen, daß er seine Deductionen auf die Berechtigung der erhobenen Einwendungen des Angeklagten richtete, namentlich aber die Glaubwürdigkeit der zweiten Ehefrau und des Pfarrers bemängelte, welche nach seiner Darstellung in einem romantischen Verhältnisse zu einander derartig gestanden haben sollten, daß sie es hätten wünschen müssen, gewisse unangenehme Folgen durch die Ehe der Chotkiewiz mit Ruch zu beseitigen. Der Angeklagte wurde jedoch nach dem Spruche der Geschworenen auf Schuldig zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

In deu letzten beiden Verhandlungen, schwerer Diebstähle im wiedeeholten Rückfalle betreffend, wurden 1) der Arbeiter Carl Gottlieb Pallesche zu 1 Jahr Gefängniß und der Arbeiter Carl August Stäbler zu 7 Monaten Gefängniß, Beide zu den entsprechenden Ehrenstrafen, 2) der Arbeiter Julius Paul Hugo Schmidt zu 1 Jahr Gefängniß und der Arbeiter Paul Kirschner zu 6 Monaten Gefängniß, Beide zu den entsprechenden Ehrenstrafen verurtheilt. — Bei allen vier Angeklagten war unter Annahme mildernder Umstände ohne Mitwiekung der Geschworenen erkannt worden.

§—§ **Breslau**, 18. Mai. [Allgemeiner deutscher Arbeiterverein.] Unter dem Vorsitz des vom Präsidenten damit beauftragten Herrn Breuer constituirte sich am Sonnabend hierselbst eine Gemeinde des Allg. deutschen Arbeiter-Vereins. Nach Verlesung eines Schreibens des Hrn. v. Schweitzer, des Statuts und verschiedener anderweitiger Drucksachen sowie nach einigen Ausführungen der Herren Breuer, Ahr und Scheil wählten die Mitglieder Hrn. Breuer zum Bevollmächtigten, dessen definitive Ernennung durch den Präsidenten zu erfolgen hat, zum Cassirer Hrn. Koschel, zu dessen Stellvertreter Herrn Nicolaus, zum Controleur Hrn. Scheil I., zu dessen Stellvertreter Hrn. Seidel, zum Schriftführer Hrn. Krause und zu Censoren die Herren Zappke und Weinert. Die Mitgliederliste wies am Schlusse der Sitzung 40 Nummern nach.

ᵹ **Breslau**, 15. Mai. [Gabelsberger Stenographenverein.] Am 13. d. M. hielt der Gabelsberger Stenographenverein seine statutenmäßige Generalversammlung unter Leitung des ersten Vorstehers, Herrn Kaufmann Anderssohn, ab. Nachdem die Kassen- und Bibliotheks-Revisoren den Revisionsbericht erstattet, las der erste Schriftführer den Jahresbericht vor. Mit Befriedigung constatirt er den Fortschritt, welchen der Verein im verflossenen Jahre gemacht hat. Die Mitgliederzahl ist auf 70 gestiegen. 6 Mitglieder haben Unterricht ertheilt und 36 Theilnehmer sind dem Verein beigetreten. Bei der darauf folgenden Statutenrevision wurden weitreichende Veränderungen beschlossen. Auf Antrag des Herrn Ober-Post-Commissarius Goerdi löste der Verein sein bisheriges Verhältniß als Zweigverein des Münchener Centralvereins. Ferner wurde beschlossen, das Stiftungsfest des Vereins am 21. Mai durch einen gemeinschaftlichen Spaziergang zu feiern. Bei der darauf folgenden Wahl des Vorstandes wurden die alten Vorstandsmitglieder, die Herren Kaufmann Anderssohn, Kaufmann Drechsler, Lehrer Heidler, Lehrer Merkel und Werkmeister Hundertmark wiedergewählt und nahmen die Wahl an.

+ **Breslau**, 19. Mai. [Leichenbegängniß.] Gestern Nachmittag um 5 Uhr fand vom Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofe aus das Leichenbegängniß des zu Meiningen am 13. d. Mts. bei einer Feuersbrunst verunglückten Seconde-Lieutenants im 6. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 95, Freiherrn Ludwig von Seidlitz und Gohlau, nach dem Militär-Kirchhofe statt. Der Leichenconduct, welchem ein Lieutenant vom Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabet, die Orden des Verstorbenen auf einem Sammtkissen tragend, voranschritt, bewegte sich den Schweidnitzer-Stadtgraben entlang über den Tauenzienplatz nach dem Friedhofe, während das Musikcorps desselben Regiments Trauermärsche intonirte. Se. Excellenz der Herr General-Lieutenant von Bojanowsky, sowie fast sämmtliche Herren Offiziere der hiesigen Garnison erwiesen dem Dahingeschiedenen die letzte Ehre, indem sie sich dem Trauergeleite angeschlossen hatten. Auf dem Kirchhofe selbst hielt Herr Militär-Oberprediger Reitzenstein eine gediegene Rede, in welcher er auf die vielen Verdienste um den Staat des in der schönsten Blüthe seiner Jahre so früh Entrissenen hinwies. Eine Compagnie des Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabet feuerte über dem Grabeshügel die üblichen Ehrensalven ab. Unter den Klängen eines Chorals wurde der mit Blumenkränzen und Palmenzweigen geschmückte Sarg dem kühlen Schooße der Erde übergeben.

⊙ **Liegnitz**, 15. Mai. [Möven-Eier.] Wie viele unserer geneigten Leser haben nicht schon von der Möven-Eier-Sammlung gehört, welche alljährlich auf der Insel des eine Meile von hier entlegenen Kunitzer Dominial-Sees stattfindet. Werden doch diese Eier in Massen verkauft und weit und breit in die Welt versandt. Da uns der Zufall gestern nach Kunitz führte, so sind wir in der Lage etwas Näheres über diese Eier-Ernte mittheilen zu können. Der Kunstgärtner des Dominii, Herr Weiß, theilt uns mit, daß man bis ungefähr zu Anfang der 1850er Jahre die sogenannten See-Möven ungestört gelassen und keine dergleichen Eier abgenommen habe. Die circa 6 Morgen große Insel wurde mit Nestern förmlich bedeckt, das Weibchen legte drei Eier, die dann bebrütet wurden. Später nahm der damalige Besitzer des Dominiums einige Eier ab, sie wurden zubereitet und genossen, wobei man entdeckte, daß dieselben einen bei Weitem feineren Geschmack, als andere Eier haben. Die Eier-Abnahme wurde wiederholt, um so mehr als man die Erfahrung machte, daß die beflügelten Inselbewohner durch den öfteren, wenn auch unerwünschten Besuch sich nicht stören ließen und immer wieder von neuem Eier legten. Nunmehr erst ging man daran, die Eier in größeren Massen abzunehmen, um sie theils an Freunde und Bekannte zu verschenken, theils für den geringen Preis von 5 Sgr. pro Schock zu verkaufen. Für diesen Spottpreis waren die Eier allerdings nicht lange zu haben, da man ihre Güte sehr bald erkannte und der Begehr ein größerer wurde. Man erhöhte den Preis auf 10, 15, 20 u. s. w. Sgr. pro Schock und nunmehr kostet ein solches 1⅓ Thlr. Die Eier-Abnahme beschränkt sich in der Regel auf einen Zeitraum von ca. 3 Wochen, in welchem immer einen Tag um den andern die Lese wiederholt wird und worauf die Schonung für die Brut eintritt. Wie beträchtlich diese Eiersammlung ist, geht daraus hervor, daß in dieser kurzen Zeit durchschnittlich jährlich gegen über 400 Schock abgenommen werden. In diesem Jahre ist indeß, wie uns Herr W. berichtet, das Ergebniß ein nicht so beträchtliches gewesen und sind im Ganzen etwa 300 Schock Eier abgenommen worden.

⊙ **Schweidnitz**, 15. Mai. [Beiträge für den Provinzial-Landtag. — Landrathsamt. — Graue Schwestern.] Die heut ausgegebene Nummer des Kreisblattes enthält die Repartition der Beiträge, welche von dem Kreise Schweidnitz, exclusive der Stadt Schweidnitz, die bekanntlich ihren besonderen Deputirten zum Landtage entsendet, zu den Diäten und Reisekosten sowie zu den allgemeinen Bureaukosten für die zum 20. schlesischen Provinziallandtage versammelt gewesenen Abgeordneten aufzubringen sind. Die Ritterschaft steuerte bei 132 Thlr. 23 Sgr. 10 Pf., die Landgemeinden 54 Thlr. 15 Sgr. 4 Pf., die Stadt Freiburg 22 Thlr. 18 Sgr. 4 Pf., die Stadt Zobten 10 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. Bei der Repartition der Summe, welche die Landgemeinden zu beschaffen haben, fallen die geringsten Antheile auf die Dorfschaften Nieder-Gräditz, Jacobsdorf, Neu-Jauernik, Roth-Kirschdorf, Kratzkau, Krotzel, Klein-Leutmannsdorf, Klein-Märzdorf, Ohmsdorf, Schlesierthal, Tarnau, Teichenau, da der Betrag, welchen jeder der genannten Orte zu leisten hat, noch nicht 1 Sgr. ausmacht. — Während der Abwesenheit des königl. Landraths Grafen Pückler, der zunächst zum Provinziallandtage, dann zum norddeutschen Bundestage und jetzt zum deutschen Zoll-Parlament einberufen worden, hat bisher der Kreis-Deputirte und Rittergutsbesitzer Nöldechen auf Wernersdorf die Verwaltung des Landrathsamtes übernommen gehabt, für die fernere Abwesenheit wird als Vertreter des Landraths der Kreis-Deputirte und Regierungs-Assessor a. D. v. Salisch auf Kratzkau fungiren. — Am gestrigen Tage wurde unter zahlreichem Geleite und mit besonderen Ehrenbezeugungen seitens der katholischen Pfarrgeistlichkeit die irdische Hülle einer grauen Schwester, die nach längerem Leiden das zeitliche gesegnet, dem Schoße der Erde auf dem Friedhofe zu St. Nikolai vor dem Kroischthore übergeben. Bisher sind für die ambulante Krankenpflege 10 graue Schwestern am hiesigen Orte thätig gewesen.

△ **Reichenbach**, 15. Mai. [Aus der Communal-Verwaltung.] Vor einigen Jahren fand sich, daß der Zustand unseres altehrwürdigen, aber nicht schönen Rathhauses ein so gebrechlicher war, daß im baupolizeilichen Interesse die meisten Räume nicht mehr benutzt werden durften. Man brachte die betreffenden städtischen Bureaus in miethweise beschafften Localen unter und eröffnete eine Concurrenz bezüglich des Planes für ein neues

Rathhaus. Erst vor kurzer Zeit wurde die Prämie für den als best erkannten Bauplan mit 200 Thlrn. einem Kölner Architekten zuerkannt. In alle diese Bauprojecte machte die Sparkassen-Defect-Angelegenheit einen großen Riß. Die Beschaffung des zum Neubau erforderlichen Capitals ist nun schwieriger, wenn nicht vorläufig unmöglich geworden, und die Erledigung jener Defect-Angelegenheit scheint noch immer in weiter Ferne zu liegen. Vor einigen Monaten war der lange ersehnte Regierungs-Commissarius behufs Bearbeitung der Angelegenheit hier, aber man hört nichts davon, daß die Sache ihrer Erledigung wesentlich näher gekommen sei. Vorläufig soll noch eine Vergleichung aller Sparkassenbücher mit den Conti's in den Kassenbüchern erfolgen. Der flüchtige Sparkassen-Rendant v. K. soll nach amtlichen Mittheilungen vor Kurzem in Amerika verstorben sein. — In Erwägung der Verhältnisse haben nun die Stadtverordneten beschlossen, für jetzt von einem Neubau des Rathhauses abzusehen und das alte Gebäude durch einen Reparaturbau wieder bewohnbar herzustellen. — In der Bürgerschaft ist man über diesen Beschluß einigermaßen erstaunt, man fragt sich, ob es möglich sein wird, ohne verhältnißmäßig zu hohe Kosten die Reparatur zweckentsprechend herzustellen und andererseits, wenn dies möglich ist, warum die Sache nicht schon früher geschehen, da die Verhältnisse schon seit längerer Zeit so liegen wie heut. Obwohl bezüglich der Aufstellung des Exerzier-Schuppens zwischen den Militär- und städtischen Behörden eine Einigung hergestellt ist, ist der Schuppen bis jetzt noch nicht errichtet worden. Im Anfange hatte man bekanntlich diese Angelegenheit seitens der Militärbehörden für so wichtig erachtet, daß man für den Fall, wenn die Einigung nicht zu erzielen wäre, eine Verlegung der Garnison in Aussicht stellte. — Wie wir hören, ist nach ärztlichem Urtheil der Tod des Kanzlisten G. nicht durch Selbstmord, sondern durch einen Schlaganfall herbeigeführt.

△ **Brieg**, 15. Mai. [Wahl. — Kämmereigüter. — Kaserne und Schule. — Unschönes. — Unglück.] In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung erfolgte mit zwei Stimmen Majorität die Wiederwahl des Stadt-Syndicus Groß zum Beigeordneten der Stadt Brieg auf die nächsten sechs Jahre. Die übrigen Stimmen waren auf die Stadträthe Wechmann und Bergner gefallen. — In Betreff der städtischen Kämmerei-Güter haben die Communal-Behörden den Beschluß gefaßt, vorerst mit der Parzellen-Verpachtung von Alzenau und Pogarell vorzugehen, da, trotz mannigfacher Gegenbehauptungen, viele wichtige Gründe dafür sprechen, rücksichtlich der Güter Cantersdorf und Klein-Neudorf noch einen Versuch zu machen, dieselben im Ganzen zu verpachten. Jedoch beabsichtiget man, die zu Cantersdorf gehörige Brauerei von dem Gute abzuzweigen, derselben eine angemessene Ackerfläche beizugeben, und so ausgestattet die Brauerei allein bei einer Licitation auszubieten. Für die Verpachtung der Güter Cantersdorf und Klein-Neudorf soll aber rechtzeitig ein Termin zu einer öffentlichen Licitation anberaumt werden, um zu erfahren, ob und in welcher Höhe ein Pachtgebot abgegeben werden würde. Sollte letzteres nicht so hoch sein, wie man zu erreichen hofft, so bliebe dann immer noch hinreichend Zeit, auch bei diesen beiden Gütern mit einer Parzellen-Verpachtung, vielleicht mit Reservirung eines kleinen Restgutes von ein Paar hundert Morgen vorzugehen. Gegenwärtig bringen diese beiden Güter einschließlich Alzenau und Pogarell nur eine Jahrespacht von 6020 Thaler. Nach einer direkten Privat-Mittheilung beabsichtigt aber ein hiesiger Geschäftsmann, der Commune für sämmtliche Güter eine Pachtsumme von jährlich 10,000 Thlr. zu offeriren, wobei er noch auf eine Uebergabe des todten und lebenden Inventars gänzlich verzichten will. Wenn also von einer Seite unlängst behauptet wurde, daß der gegenwärtige Pächter der Kämmereigüter bei der Pachtsumme von 6020 Thlr. ein sehr schlechtes Geschäft mache, so will dies denn doch Anderen nicht recht einleuchten. — In Betreff der Kasernen- und Schulhaus-Angelegenheit verlautet so viel, daß die gerichtliche Taxe für das auf dem Schloßhofe befindliche städtische Schul- nebst Wohngebäude und Garten auf 18,000 Thlr., für die „kleine Kaserne" nebst Hofraum 18,050 Thlr. betrage. Es würde dann rücksichtlich dieser Gebäude, wenn Fiscus und Commune mit der Taxe sich einverstanden erklären, ein einfaches Tauschgeschäft abgeschlossen werden können. Nebenbei soll aber noch der Wunsch vorliegen, vom Fiscus auch das alte Garnison-Lazareth nebst Garten und Hofraum zu erwerben. Käme vorerwähntes Tauschgeschäft zu Stande, so soll dann die kleine Kaserne zu einem Schulgebäude umgewandelt werden. Die Parterre-Lokale in demselben, wegen Dunkelheit und Feuchtigkeit zu Schulzimmern nicht geeignet, blieben dabei ganz außer Betracht; sollte man aber die Zimmer in den oberen Etagen für Schulzwecke zu niedrig erachten, so ließen sich durch zweckentsprechenden Umbau die Zimmer wohl erhöhen. Jedoch erscheint es dann wohl geboten, diesen Umstand schon jetzt ernster Erwägung zu unterbreiten, damit man sich auch über den dadurch erwachsenden Mehrkosten-Aufwand klar werde. — Von mehreren Seiten, namentlich auch von Fremden, ist schon oft mißfällig bemerkt worden, daß bei den großen Opfern, welche die Commune für die Verschönerung der Stadt bereits gebracht hat, der große Schutthaufen, welcher sich am linken Oderufer links der Brücke durch Hinabschütten von Schutt in den Strom gebildet hat, etwas durchaus sehr Unschönes ist, dessen Beseitigung im Interesse der Commune auch schon darum geboten erscheint, weil durch das Auflagern des Schuttes so dicht an der Brücke nur großer Nachtheil für die dortige Stirnmauer entstehen könne. — Heute Vormittag stürzte in einer hiesigen Brauerei ein dort beschäftigter Lehrling, Sohn eines hiesigen Bürgers, in den mit kochendem Bier gefüllten Braukessel. Der Aermste verbrühte sich auf eine jammervolle Weise, wobei namentlich die unteren Extremitäten verletzt wurden, so daß seine Rettung sehr in Zweifel gezogen wird.

x. **Kattowitz**, 17. Mai. [Gewerbe- und Turnverein. — Bauten. — Zeitung. — Bahn.] Unser Gewerbeverein hat am 13. Mai den Cyclus seiner Wintersitzungen beendet und beabsichtigt während des Sommers einige Ausflüge zu unternehmen, z. B. am 21. d. M. nach Tychau zur Besichtigung der dortigen großen Bierbrauerei. Der Verein zählt 346 Mitglieder und waren die 16 Versammlungen desselben durchschnittlich von 77—78 Personen besucht. — Der hiesige Turnverein fängt auch wieder an, sich zu beleben, nachdem er gewissermaßen eine, durch die naturgemäß dem forcirten Aufschwunge der ersten Jahre folgende Reaction erzeugte und über Sein oder Nichtsein entscheidende Krisis glücklich bestanden hat; mag immerhin die wackere Schaar der alten Herren von damals ihm heute fern stehen, wenn nur der alte Geist, welcher den Turnverein zu einem zeitgemäßen Sammelpunkte und Bindemittel der zerstreuten gesellschaftlichen und bürgerlichen Elemente des aufblühenden Ortes machte, eine gleiche Pflege bei den jüngeren Männern fände. Der in der letzten Generalversammlung gefaßte Beschluß, eine Steiger-Riege zu stellen, sobald seitens der Stadt eine Feuerwehr gebildet würde, dürfte bis auf Weiteres nur den guten Willen andeuten, weil die Voraussetzung seiner Ausführung leider noch irgendwo „schwebt". — Die Straßenpflasterung und Belegung der breiten Trottoirs mit Sandstein- oder Granitplatten schreitet in der freundlichen Grundmannstraße rasch vor und wird, soweit sie überhaupt beabsichtigt war, in diesem Jahre wohl zur Ausführung gelangen; schade nur, daß mehrere Neubauten nicht auf geschlossene Fronten gehörige Rücksicht nehmen, indem sie statt überwölbter Thore geschmacklose Zwischenräume als Hofeinfahrten offen lassen. Der Bau der katholischen Kirche ist soweit gediehen, daß nächstens die Spitze des über 220' hohen Thurmes vollendet sein und mit der Wölbung des Schiffes begonnen werden wird. — Die Stadt Kattowitz besitzt jetzt an geistigen und literarischen Förderungsmitteln 2 Buch-, Kunst- und Musikalienhandlungen, 2 lithographische Anstalten und seit dem 1. April auch eine Buchdruckerei, deren Inhaber, Herr Thieme, aus Schweidnitz hierhergezogen ist und sich einer vielseitigen Unterstützung erfreut; dadurch ermuthigt, will er ein im Gewerbeverein angeregtes Project ausführen, indem er vom 1. Juli ab eine 2 mal wöchentlich erscheinende „Oberschlesische Zeitung" für gewerbliche Interessen herausgeben wird, wofür schon einige tüchtige Mitarbeiter gewonnen sind. — Die Feststellung der Linie für eine Kattowitz mit Antonienhütte und Gleiwitz in gerader Richtung verbindende Zweigbahn ist bereits im Werke und verspricht man sich davon einen recht guten Erfolg.

△ **Bad Königsdorff-Jastrzemb**, 15. Mai. Unter den günstigsten Verhältnissen hat unsere Badesaison begonnen. Bei freundlich schöner Witterung öffneten unsere heilbringenden Hallen dem badenden Publikum ihre Pforten. Mit Staunen betrachtet man die, in den wenigen Jahren zu solcher Großartigkeit gelangten Einrichtungen und wenn auch dem Herrn Grafen Felix von Königsdorff die meisten, ja die einzigen Verdienste um alle diese reizenden Kunstanlagen zugesprochen werden müssen, so sieht man auf den ersten Blick, daß unser Bad schon durch die Natur reichlich ausgeschmückt und unterstützt ist. Heute Früh hörten wir mit besonderem Vergnügen das erste Concert unserer Bade-Kapelle. Wiewohl wir an unseren Musikdirector Adalbert Schön aus Breslau ziemliche Anforderungen stellten, so sahen wir uns dennoch in unseren Erwartungen weit übertroffen. Die Kapelle ist dieses Jahr eine vorzügliche zu nennen, und der Contrast zwischen der diesjährigen und der früheren ein bedeutender, was theils den tüchtigen Musikern, und mehr noch der guten Direction zuzuschreiben ist. Man bemerkt heute schon hier ein reges Leben und die Zahl der Badegäste wächst stündlich. Zur Bequemlichkeit der Gäste haben die Herren Bial und Freund aus Breslau eine Filiale ihrer Leihbibliothek (bestehend aus neuester deutscher, englischer und französischer Literatur), Buch-, Musikalien- und Schreibmaterialienhandlung errichtet. Der Kursaal ist von dem hier allgemein bekannten und beliebten Herrn A. Linde für diese Saison übernommen worden.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 18. Mai 10 U. Ab.	334,12	+14,6	N. 1.	Heiter.
19. Mai 6 U. Mrg.	335,26	+10,8	NO. 1.	Bewölkt.

Breslau, 19. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. — Z. U.-P. 3 F. — Z.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

London, 19. Mai. Das Unterhaus nahm mit 217 gegen 196 Stimmen das Amendement Baxter zur Schottischen Reformbill an. Die Regierung hatte das Amendement gemißbilligt.

London, 18. Mai, Nachts. Unterhaus. Die Regierung wurde in der schottischen Reformbill abermals durch das Amendement Bouvenier mit 118 Stimmen gegen 96 Stimmen geschlagen. Disraeli erbittet die Abbrechung der Debatte, damit das Ministerium seine Lage nach diesen Niederlagen erwäge.

Paris, 19. Mai. Der „Pays" meldet: Der Kaiser muß seit Sonnabend wegen eines leichten rheumatischen Anfalls das Bett hüten. Gestern Abends war es wieder besser.

Paris, 18. Mai. Das Resultat der Nachwahl zum gesetzgebenden Körper im Departemen Ariège ist bis auf 23 Gemeinden bekannt. 37,857 Wähler waren eingeschrieben. 26,794 Stimmen wurden abgegeben; davon fielen 16,810 auf den Regierungscandidaten Denat, 6560 auf den Gegencandidaten Anglade.

Paris, 18. Mai. Der „Moniteur" enthält Berichte aus Japan vom 23. März, welche nähere Mittheilungen über die für die Ermordung der französischen Matrosen gewährte Genugthuung bringen. Elf der Mörder wurden am 16. März in Gegenwart des Capitäns der Fregatte „Venus" hingerichtet, die Execution gegen die übrigen neun unterblieb dagegen auf Fürsprache des Capitäns. Am 17. März kam darauf der japanesische Minister der auswärtigen Angelegenheiten an Bord der „Venus", um sich nochmals zu entschuldigen und den französischen Bevollmächtigten zu einem Besuch des Mikado nach Kioto einzuladen, damit hierdurch öffentlich bezeugt werde, daß Frankreich keinen Groll gegen Japan mehr hege. Der französische Bevollmächtigte hat sich darauf in Begleitung des englischen nach Kioto begeben und eine Audienz bei dem Mikado gehabt. Die den Familien der ermordeten Matrosen zu zahlende Entschädigung beträgt 150,000 Piaster.

Paris, 17. Mai. „France" behauptet, daß zwischen der Budget-Commission und dem Staatsrath jetzt völliges Einvernehmen hergestellt ist. In Betreff der Anleihe besteht der Finanzminister darauf, daß die Höhe von 440 Millionen innegehalten werde.

London, 18. Mai. Die Hinrichtung des wegen Theilnahme am Explosionsattentat zu Clerkenwell verurtheilten Feniers Michael Barrett ist wegen fortgesetzter Nachforschungen über nachträglichen Alibi-Beweis abermals um 7 Tage ausgesetzt worden. — Die heutigen Morgenblätter enthalten ausführliche Correspondenzen über die Einnahme von Magdala. (T. B. f. N.)

Florenz, 18. Mai. Der Herzog von Sutherland ist hier eingetroffen, nachdem er über den Mont-Cenis auf der Eisenbahn mit einem Zuge von 12 Wagen gefahren. Die Dauer der Fahrt von St. Michel nach Susa betrug 4 Stunden 6 Minuten nach Abzug der zur Inspection der Arbeiten verwendeten Aufenthaltszeit. Die größeste Schnelligkeit der Fahrt war 19 Kilometer in der Stunde. (T. B. f. N.)

Genua, 18. Mai. Der König ist heute nach Turin abgereist. (T. B. f. N.)

Washington, 7. Mai. Im Senatsgerichtshofe beschloß Bingham seine Replik und erklärte, Johnson habe mit seinem Widerstand gegen die Annahme des Constitutions-Amendements seitens der Südstaaten beabsichtigt, die Rebellion von Neuem ins Leben zu rufen. Seine eigenen Einräumungen in Beantwortung der Anklage stellten seine Schuld fest. Bingham begehrte auf das Dringlichste, daß der Senatsgerichtshof den Präsidenten verurtheile. — General Grant hat dem Hause der Repräsentanten einen Brief des Generals Canby zur Kenntniß gebracht, in welchem dieser anräth, der Congreß möge den Test-Eid abändern und andere politische Rechtsbeschränkungen in Wegfall kommen lassen, namentlich wo die aus Wahlen hervorgegangenen Beamten im Süden davon betroffen würden. — Nach Mittheilungen aus Mexico hat der Congreß die Abschaffung der Todesstrafe votirt. — Gerüchte gehen über Ausbruch einer Revolution zu Vera-Cruz und in der mexicanischen Hauptstadt. Juarez soll die Flucht ergriffen haben. (Tel. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 18. Mai, Nachm. 3 Uhr. Unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93¼ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 62½. Italien. 5proc. Rente 49, 75. Oesterr. Staats-Eisenb.-Actien 555, 00. dito ältere Prioritäten 259, 75. dito neuere Prioritäten —,—. Credit-Mobil.-Actien Hausse 290,00. Lombard. Eisenbahn-Actien 376, 25. dto. Prioritäten 216,50. 6proc. Ver.-Staaten-Anl. pr. 1882 (ungest.) 80¾.

London, 18. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 3/16. 1proc. Spanier 35 15/16. Italien. 5proc. Rente 49⅜. Lombarden 15. Mexicaner 15 11/16. 5proc. Russen 84. Neue Russen 84⅛. Silber 60 7/16. Türkische Anleihe von 1865 34⅞. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 71 3/16.

Frankfurt a. M., 18. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 101¾. Oesterreichische National-Anleihe 52⅝. 6% Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 76¼. Hess. Ludwigsbahn 129⅛. Baierische Prämien-Anleihe 99⅞. 1854er Loose —. 1860er Loose 69¾. 1864er Loose 86⅛. Oberhessische 74½. Russ. Bodenkredit 80. — Sehr fest. Nach Schluß der Börse: Creditactien 190⅜, Staatsbahn 260¼.

Frankfurt a. M., 18. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 76¼. Credit-Actien 189¾. Steuerfreie Anleihe 49⅝. 1860er Loose 69½. 5proc. engl. Anleihe 61½. Staatsbahn 259½. Ziemlich lebhaft.

Bremen, 18. Mai. Petroleum, Standard white, loco 5½.

Wien, 18. Mai, Abends. [Abend-Börse.] Credit-Actien 182, 00. Nordbahn — —. 1860er Loose 80, 00. 1864er Loose 84, 60. Böhmische Westbahn — —. Staatsbahn 255, 90. Galizier 199, 00. Steuerfreies Anlehen — —. Napoleonsd'or 9, 32½. Lombarden 174, 20. Ungarische Creditactien — —. Elisabetbahn — —. Etwas fester.

Antwerpen, 18. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Ruhig. Raffinirtes, Type weiß, loco 44, schwimmend 44¼, pr. September 49, pr. October-December 50.

Hamburg, 18. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 88. National-Anleihe 54. Oesterr. Credit-Actien 80⅝. Oesterreichische 1860er Loose 69⅜. Staatsbahn 547½. Lombarden 372½. Italienische Rente 47½. Vereinsbank 111⅝. Norddeutsche Bank 120. Rhein. Bahn 117¼. Nordbahn 96½. Altona-Kiel 110¾. Finnländische Anleihe 79¼. 1864er Russische Prämien-Anleihe 106¼. 1866er Russische Prämien-Anleihe 103¾. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69½. Disconto 2½ pCt. — Fest und gefragt.

Hamburg, 18. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen anhaltend flau, späte Termine stark angeboten, aber für Weizen fester schließend. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 163 Bancothaler Br., 162 Gld., pr. Mai-Juni 157 Br., 156 Gld., pr. Juli-August 144 Br., 143 Gld. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 111 Br., 110 Gld., pr. Mai-Juni 105 Br., 104 Gld., pr. Juli-August 95 Br. u. Gld. Hafer stille. Rüböl flau, loco 20⅞, pr. Mai 20⅞, per October 22¼. Spiritus sehr flau, 26⅛. Kaffee ruhig. Zink fest. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 18. Mai, Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 12½. Georgia 12¼. Fair Dhollerah 10⅜. Middling fair Dhollerah —. Good middling Dhollerah 10. Bengal 9¾. Good fair Bengal —. Fine Bengal —. New fair Oomra 10½. Good fair Oomra 11. Pernam 12½. Egyptische 13¼. Smyrna 10¾. Orleans schwimmend —. Schwimmende Amerikaner —. Savannah —. Mobile —. Oomra April-Verschiffung 10. — Fest.

— 18. Mai. (Schlußbericht.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Geschäft ruhig, günstig für Käufer.

Newyork, 18. Mai, Abends 6 Uhr. [Pr. atlant. Kabel.] Wechsel auf London in Gold 110⅛. Goldagio 39⅜. Bonds 109¼. 1885er Bonds 107½. 1904er Bonds 103½. Illinois 146. Eriebahn 68½. Baumwolle 30. Petroleum 30. Mehl 9, 85.

London, 18. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 16,614, Gerste 2630, Hafer 16,600 Quarters. Englischer Weizen 1 bis 2 Sh. niedriger, fremder feinere Qualität 1 Sh., ordinärer 2 Sh. billiger erlassen, leblos. Gerste stetig. Hafer ½ Sh. höher. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 18. Mai, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen steigend, pr. Mai 230, pr. Juni 211, pr. Juli 209. Raps pr. October 62½. Rüböl pr. November-December 34¼.

Berlin, 18. Mai. Es war weder in der festen Tendenz der Börse, noch in der geringen geschäftlichen Thätigkeit eine Wandlung gegen Sonnabend wahrzunehmen. Zu erwähnen möchte nur sein, daß heute Italiener in guter Haltung waren und ihre Hausse in mäßiger Weise fortsetzten, sowie daß sich die Börse wieder in erhöhetem Maße für Amerikaner zu interessiren schien. Die Freisprechung Johnsons wurde allerdings durch eine sehr bescheidene Preisbesserung der amerik. Anleihe begrüßt, obschon es hauptsächlich in's Gewicht fallen müßte, daß mit Johnson auch die die Staatsgläubiger beruhigende Mac Culloch'sche Finanzpolitik am Ruder bleibt. Lombarden waren nicht ohne Leben und gut im Course behauptet, dagegen blieben Franzosen matt, Angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß größere Getreidetransporte nicht mehr den Einnahmen der Bahn in nächster Zeit hilfreich zur Seite stehen dürften. Galizier drückten sich, ebenso Loose, dagegen hielten österreichische Credit den schwächeren letzten Stand, während österreichische Fonds ab und zu sich niedriger stellten. Von russischen Papieren war alte Prämien-Anleihe steigend, Boden-Credit und Nicolaibahn traten außerdem durch gute Umsätze hervor. Reger Verkehr machte sich von den russ. Prioritäten in Schuja, Jelez- und Kozlow-Woronesch. Deutsche Prioritäten sind fest aber still, von deutschen Fonds namentlich die badischen und baierischen Prämien-Anleihen anziehend und in Posten im Handel. Eisenbahnen blieben träge, die Dividende der Cöln-Mindener, welche mit 8 11/20 pCt. niedriger ausgefallen, als bisher angenommen, mag verstimmt haben, Rheinische waren weniger vernachlässigt, Ostpr. Südbahn-Stamm-Prior. fanden Frage. Banken sind nicht belebt, Preußische gab abermals nach, Rostocker zogen an, Berliner Handel, Weimarische und Genfer hielten sich nicht voll, Moldauer waren auf Zeit billiger. Minerva wich stärker. Schlesische Zinkhütten handelte man heute unter abnormen Bedingungen, die wir unerwähnt lassen. Von Preußischen Fonds sind die 4½proc. Anleihen noch am regsten. — Prämie für Amerikaner per ult. Juni 77—½ und ¾ bez., per ult. Juli 77¼—1 bez. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 18. Mai 1868.

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅝ bz.
dito 1854.55	4½	95½ bz.
dito 1857.59	4½	95½ bz.
dito 1856	4½	95¾ bz.
dito 1864	4½	95½ bz.
dito 1867	4½	95½ bz.
dito 1850/52	4	88½ bz. G.
dito 1853	4	88½ bz. G.
dito 1862	4	88½ bz. G.
Staats-Schuldscheine	3½	84¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	116½ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97 b.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76¾ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	75½ G.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	85⅝ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	83 bz.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90¾ B.
Rentenbriefe. Pommersche	4	90½ B.
Rentenbriefe. Posensche	4	89⅝ B.
Rentenbriefe. Preussische	4	89¼ bz.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	91¾ B.
Rentenbriefe. Sächsische	4	92½ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	91¼ bz.

Louisd'or 112⅜ bz. | Oest. Bk. 87 9/16 bz.
Goldk. 9. 11½ bz. | Russ. Bkn. 83⅝ b.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48¾ bz.
dito Nat.-Anl.	5	64¼ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	69⅞ bz.
dito dito 64	—	49¼ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	65 z.
dito Eisenb.-L.	—	76¼ G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	48½ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	84½ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	65⅞ B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	63¼ B.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	54 B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	98 B.
dito à 300 Fl.	5	92 G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	56 bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76¾ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	96 B.
dito II.	4½	94½ G.
dito IV.	4½	93½ G.
dito III. v. St. 3¼ g.	3½	78 G.
Cöln-Minden	4½	97½ B.
dito II.	5	102 B.
dito	4	85 G.
dito III.	4	83¾ G.
dito	4½	93½ B.
dito IV.	4	84 bz.
dito V.	4	83¼ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	82¼ G.
dito III. Em.	4½	90 B.
dito IV. Em.	4½	88¼ G.
Gal. Ludwigsb.	5	83 G.
Niederschl.-Märk.	4	87½ G.
dito conv.	4	87⅞ G.
dito III.	4	84¾ B.
dito IV.	4½	94¾ et. bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99⅞ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	78 G.
dito C.	4	85¾ B.
dito D.	4	85¾ B.
dito E.	3½	77⅝ bz.
dito F.	4½	93⅛ G.
dito G.	4½	92⅛ B.
Oesterr.-Franz.	3	261½ bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	214½ bz. B.
Rhein. v. St. gar.	4½	96⅛ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	92½ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1866.	1867.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	38¼ bz.
Amsterd.-Rottd.	4¾	—	4	102 bz.
Berg.-Märkische	8	—	4	130½ bz.
Berlin-Anhalt	13¼	—	4	211½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	75⅞ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	95¾ G.
Berlin-Hamburg	9	9½	4	166¾ bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	—	4	182⅝ bz.
Berlin-Stettin	8 7/12	—	4	137 bz.
Böhm.-Westb.	5	—	5	64 bz.
Breslau-Freib.	9 1/6	—	4	117½ B.
Cöln-Minden	9	—	4	133 bz.
Cosel-Oderberg	2½	—	4	88⅝ bz.
dito St.-Prior.	4½	—	4½	91 bz.
dito dito	5	—	5	94¼à⅛ bz. B.
Galiz. Ludwigsb.	—	—	5	91 bz.
Ludwigsh. Bexb.	10⅔	9⅖	4	149½ B.
Magd.-Halberst.	—	—	4	163¼ bz.
Magd.-Leipzig	—	—	4	210 G.
Mainz-Ludwgsh.	—	—	4	129⅞ bz.
Mecklenburger	3	—	4	73⅝ bz.
Neisse-Brieger	—	—	4	94⅛ G.
Niedrschl.-Märk.	4	—	4	89 B.
Niedrschl. Zwgb.	5	—	4	77½ bz. G.
Nordbahn, Hess.	—	—	4	— — —
Oberschl. A.	12	—	3½	186½ B.
dito B.	12	—	3½	165½ B.
dito C.	12	—	3½	186½ B.
Oest.-Fr. St.-B.	—	—	5	148½à49à48¾ b.
Oestr. südl. St.-B.	—	—	5	101⅝à⅞ et. ¾ b.
Oppeln-Tarnow.	—	—	5	76¼ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	76¾ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	— — —
Rheinische	—	—	4	118¾ bz.
dito Stamm-Pr.	—	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	0	—	4	30½ bz. B.
Stargard-Posen	4½	—	4½	93¼ G.
Thüringer	—	—	4	134½ bz. G.
Warschau-Wien	—	—	5	59½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	12	9⅕	4	159 B.
Braunschw. B.	0	6⅖	4	99¼ G.
Bremer Bank	8	5¾	4	114½ B.
Danziger Bank	8	5½	4	105½ G.
Darmst. Zettelb.	4	—	4	96 G.
Geraer Bank	7⅜	5⅛	4	96½ G.
Gothaer „	5	—	4	92 B.
Hannoversche B.	5⅕	—	4	85 G.
Hamb. Nordd. B.	8½	7½	4	119 B.
„ Vereins-B.	10 3/16	8¾	4	111 G.
Königsberger B.	7 7/10	—	4	111 G.
Luxemburger B.	6	—	4	92 bz.
Magdeburger B.	5	4	4	95¾ bz.
Posener Bank	7½	—	4	102 et. bz.
Preuss. Bank-A.	13⅛	—	4½	151¾ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	70 B.
Weimar	4¼	—	4	85 et. bz.
Berl. Hand.-Ges.	3	—	4	117 bz.
Coburg. Credb. A.	4	—	4	72 G.
Darmstädter „	6½	—	4	89 G.
Dessauer „	0	—	—	2⅜ B.
Disc. Com.-Anth.	8	—	4	113⅞ B.
Genfer Credb.-A.	0	—	4	24⅝ bz. G.
Leipziger „	—	—	4	97½ B.
Meininger „	—	—	4	96 bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	25¼ bz.
Oest. Credb.-A.	—	—	5	81½ bz. B.
Schl. Bank-Ver.	7½	—	4	114 G.
Minerva	—	—	5	36½ bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	10	12½	5	137¾ bz.

Berlin, 18. Mai. Weizen loco 84—107 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität. — Roggen loco 76—77pfd. 59—60 Thlr. pro 2000 Pfd. bez. — Rüböl loco 10 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 17⅞ Thlr. bez., pro Mai, Mai-Juni und Juni-Juli 18⅛—19½—17¾ Thlr. bez., Juli-Aug. 18⅓—17 19/24—18 Thlr. bez. und Br., 17 11/12 Thlr. Gld., Aug.-Sept. 18½—1/24—⅙ Thlr. bez. und Br., Sept.-Oct. 18—17⅔—¾ Thlr. bez.

\# **Breslau**, 19. Mai. Am heutigen Markte war Getreide bei mittelmäßig guten Angeboten wenig beachtet und blieb lustlose Stimmung vorhearschend, bei der Preise ferner nachgaben.

Weizen schwer verkäuflich, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 99—114 Sgr., gelber 98—109 Sgr., feinste Sorte 1—2 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen dringend angeboten, pr. 84 Pfund schlesischer 66—74 Sgr., fremder 62—72 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerst. schwer verkäuflich, pr. 74 Pfd. gelbe 51—54 Sgr., helle 55—58 Sgr., weiße 59—60 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer behauptet, pr. 50 Pfd. 36—40 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen ohne Handel. — Wicken ohne Umsatz, pr. 90 Pfund 45 bis 56 Sgr. — Oelsaaten ohne Handel. — Lupinen ohne Handel, pr. 90 Pfund gelbe 40—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen ohne Käufer, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen offerirt, schlesische 59—61 Sgr., fremde 50—55 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kukuruz) billiger erlassen, 60—65 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Schffl.
Weißer Weizen	98—107—114	Hafer	36—38—40
Gelber Weizen	98—103—109	Erbsen	62—69—74
Roggen schlesischer	66—70—73		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen fremder	62—67—72	Schlag-Leinsaat	165—195—206
Gerste	51—55—60		

Kleesaat ohne Handel.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 22—33 Sgr., Metze 1¼—2¼ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.